



Violence  
Prevention Network



# „Praktische Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen.“

Fachtagung am 18. und 19. Dezember 2008

Tagungsdokumentation

# Zu dieser Tagungsdokumentation

**Fachtagung: „Praktische Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen. Erfahrungen – Bedingungen – Methoden – Perspektiven“. 18. & 19. Dezember 2008**

Am 18. und 19. Dezember 2009 führte Violence Prevention Network in Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeauftragten des Berliner Senat eine Fachtagung für Kollgen/innen aus der praktischen Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten und orientierten Jugendlichen durch. Der Veranstaltung lag der Wunsch zugrunde, Vertreter/innen verschiedener Ansätze zum Umgang mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen zusammenzuführen und gemeinsam über notwendige Schritte in der Zukunft zu diskutieren. Hierzu eingeladen waren insbesondere Praktiker/innen, die unmittelbar mit der Zielgruppe zu tun haben und mit ihr pädagogisch arbeiten. Hintergrund für dieses Ansinnen war u. a. eine Studie von Michael Kohlstruck von der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus an der TU Berlin. Er war – mit Blick auf die Berliner Situation – zu dem Ergebnis gekommen, dass „bildungsarme Zielgruppen und rechtsextrem orientierte und gewaltaffine Projektteilnehmer lediglich eine sehr kleine Minderheit“ innerhalb der Berliner Projektlandschaft darstellen. Und dass außerdem „viele Projekte mit inhaltlichen Ansätzen [arbeiten; ...], die für das Problemfeld Rechtsextremismus, insbesondere den Gewaltkomplex, unspezifisch sind“.

Vorrangiges Ziel der Veranstalter war es daher, zunächst einmal zu fragen, welche Situationen sich in Berlin konkret vorfinden lassen und welche Erfahrungen es gibt.

Einleitend gewährte Michael Kohlstruck einen „Forschungsüberblick auf 20 Jahre pädagogische Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen.“ Bereits hieran schloss sich eine rege Debatte an, die u. a. die Frage stellte, ob nicht schon die öffentlichen Diskurse zum Thema die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in einem Maße problematisieren und einen entsprechenden Erwartungsdruck aufbauen würden, die die pädagogische Praxis mit der Zielgruppe erheblich erschweren.

Es folgten die Impulsreferate von Thomas Mücke, der das Antigewalt- und Kompetenz-Training (AKT®) des Violence Prevention Network vorstellte, und von Jan Buschbom mit „Anmerkungen zum Rechtsextremismus in Berlin unter Würdigung des Autonomen Nationalismus als Herausforderung der pädagogischen Praxis“.

Schließlich erkundete am zweiten Tag der Fachtagung Peter Steger mit seinem Vortrag „Möglichkeiten der Jugend- und Bildungsarbeit mit rechtsextremistisch beeinflussten Jugendlichen im Sportbereich“.

Zentral in der Diskussion während der gesamten Tagung stand u. a. die Frage, ob es eigener Standards und Ziele in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen bedürfe, die über das in den verschiedenen pädagogischen Ausbildungen

Vermittelte hinaus reichen – ob, in anderen Worten, das professionelle Können und Wollen von Pädagogen/innen für die Arbeit mit der Klientel grundsätzlich hinreichend ist oder nicht.

Diskutiert wurde ferner darüber, wer es sei, der Standards und Ziele vorgeben könne: Die Kollegen/innen vor Ort in Auseinandersetzung mit dem konkreten Einzelfall? Eine Art übergeordnetes Fachgremium? Oder andere Akteure?

Spätestens die Forderung nach einer ausdrücklichen Selbstverpflichtung auf Demokratie und Menschenrechte machte deutlich, in welchem Maße die pädagogische Praxis mit rechtsextrem orientierten und gewaltbereiten Jugendlichen umgeben ist von einem ebenso engagierten wie politisierten Feld, wie es Michael Kohlstruck bereits in seinem Eröffnungsvortrag beschrieben hatte. Bei einem Großteil der Teilnehmer/innen löste der Hinweis auf die Menschenrechte Irritation aus. Ihnen schien Selbstverständliches in ihrer Arbeit infrage gestellt zu sein; sie hatten das Empfinden von „vorausgehendem“ Misstrauen, mit dem ihrer Arbeit begegnet würde.

Deutlich wird hieran, wie wichtig Austausch und Zusammenwirken für die Zukunft sind. Augenscheinlich benötigen bislang unterschiedliche Wahrnehmungen, Einschätzungen und Positionen eine zeitnah fortgeführte Diskussion, um (eben) nicht in wechselseitigen Zuschreibungen den Dynamiken eigener Denk-Logiken zu verfallen und manifeste Bilder des jeweils Anderen zu erschaffen.

Insofern empfahlen die Teilnehmer/innen am Ende der Tagung (mit Dringlichkeit) anstelle weitreichender Handlungsoptionen,

- dem Berliner Senat, ein Forum zu schaffen, in dem die Debatte in einer geeigneten Fachöffentlichkeit weitergeführt werden kann,
- den Veranstaltern eine Tagungsdokumentation vorzulegen, die die Vorträge und Impulsreferate versammelt.

Letzterem wird mit dieser Dokumentation nachgekommen.

Unser besonderer Dank gebührt dem Integrationsbeauftragten des Berliner Senats für Anregung und Finanzierung der Fachtagung, den Teilnehmern/innen für ihr großes Interesse sowie die lebhaftige Diskussion und nicht zuletzt den Referenten für ihre Vorträge und Impulsreferate.

# Michael Kohlstruck

## **Pädagogische Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen aus wissenschaftlicher Sicht. Ein Forschungsüberblick auf 20 Jahre.**

Wer die Literatur halbwegs kennt, weiß, dass es wirklich schwer ist, zu unserem Thema etwas Neues zu sagen: Regelmäßig wird über Konzepte, Praxiserfahrungen und Evaluationen der pädagogischen Arbeit mit der Klientel berichtet, die u.a. vier für unsere thematisch orientierte Perspektive wesentliche Merkmale aufweist: Allgemeine Fremdenfeindlichkeit, Auftreten in Gruppen, Präsenz in der Öffentlichkeit und Gewaltpraxis (vgl. u.a. Heitmeyer/ Möller 1989; Sturzenhecker 2001; Krafeld 2001, 2005; Hafenegger 2002, 2004, 2006; Osborg 2002; Bleiß u.a. 2004; Gulbins u.a. 2007; Möller 2007; Schubarth 2007).\*

Neben Bremen ist Berlin einer der Orte, an denen über diese Frage mindestens seit 20 Jahren kontinuierlich und auf hohem Niveau nachgedacht und v.a. neue Konzepte entwickelt worden sind. Zu erinnern ist hier an die Schriftenreihe des IFFJ des Vereins für Kommunalwissenschaften, des „Informations-, Forschungs- und Fortbildungsdienstes Jugendgewaltprävention“, die im Zusammenhang mit dem „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ in den 1990er Jahren wichtige Beiträge publiziert hat. Der Vollständigkeit halber: Gemeinsam wurde vom IFFJ und dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) in Frankfurt a.M. der „Informationsdienst“ des AgAG zwischen 1992 und 1996 herausgegeben und die Reihe „Berichte und Materialien“ mit insgesamt sechs Nummern. Von den vielen Tagungen zu unserem Thema will ich nur zwei nennen, nämlich die des Vereins für Kommunalwissenschaften aus dem Jahr 2001 und diejenige, die Gangway e.V. in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung 2004 durchgeführt hat (Verein für Kommunalwissenschaften 2001; FES/ Gangway 2004). In diese Berliner Tradition gehören nicht zuletzt auch die Praxisanregungen und die Forschungsergebnisse, die die Landeskommision Berlin gegen Gewalt in ihrer Reihe „Berliner Forum Gewaltprävention“ seit 1999 publiziert.

Die skizzierte Tradition, die in weiten Teilen auch mit einzelnen Teilnehmern unserer heutigen Tagung verbunden ist, lässt die alte Mahnung aufkommen, dass man mit Eulen vieles anstellen darf, man sollte sie aber nicht nach Athen tragen wollen. Verstehen Sie die folgenden Ausführungen also bitte als Versuch einer Strukturanalyse des Feldes aus der Außensicht. Die Situation in Berlin, die sich in vielen wichtigen Aspekten von anderen Bundesländern unterscheidet, bildet dabei den Erfahrungshintergrund.

Die Hauptthese meiner folgenden Ausführungen besagt, dass sich die Arbeit mit jungen Leuten, die u.a. auch rechtsextrem orientiert und gewalttätig sind, in einem hochgradig politisierten, also umstrittenen Feld bewegt. Ich möchte einige Konflik-

te darstellen, an denen sich die Umstrittenheit des Terrains ablesen lässt. Diese Konflikte rahmen oder besser: sie umstellen und umzingeln die Praxis der pädagogischen Arbeit. Für diese Perspektive habe ich mich entschieden, da ich die konkrete Ausgestaltung der unmittelbaren pädagogischen Praxis mit bestimmten Gruppen junger Leute nicht wirklich für das eigentliche Thema der Debatten halte.

Die Befassung mit dem Thema der „pädagogischen Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“ werde ich im Folgenden systematisch anhand maßgeblicher Konflikte, also nicht in der zeitlichen Logik der Diskussionen der letzten 20 Jahre darstellen.

Ich spreche bewusst von „Konflikten“ und nicht etwa von „Kontroversen“, wie sie innerhalb von Diskussionen üblich sind, da sich die Differenzen zwischen verschiedenen Positionen nicht allein auf der Ebene von Auffassungen bewegen, also geistiger Natur sind und argumentativ bearbeitet werden; wir haben es vielmehr mit einer Verlötung von Wissen und praktischen Interessen zu tun. Damit geht es also um Diskurse, d.h. um Interpretationen, die Wirklichkeit deuten und zugleich gestalten. „Diskurs“ besagt hier, dass es um Macht geht, um Benennungsmacht, um Definitionsmacht, um Deutungshoheit und politische Entscheidungen und Ressourcen zu ihrer Durchsetzung. „Diskurs“ bedeutet, dass die für die Wahrnehmung, für die Bedeutungszuschreibung und für die Bearbeitungsoptionen des Feldes maßgeblichen kognitiven Perspektiven verbunden sind mit sozialen Realitäten außerhalb der Diskussion. Die Kontroversen im Rahmen von fachlichen, wissenschaftlichen, öffentlichen und politischen Debatten hängen unmittelbar mit bestimmten Institutionen und Praktiken zusammen. Die Deutungen legitimieren die Existenz etwa von bestehenden Tätigkeitsfeldern, von Organisationen, von Förderpraktiken oder von institutionellen Regelungen wie diese umgekehrt Ausdruck und Folge solcher Realitäten sind. Von Diskurs zu sprechen bedeutet also, die Konflikte nicht zu verharmlosen und Wirklichkeitsdeutungen mit Einfluss, Macht und Ressourcen zusammenzudenken (vgl. Hajer 2003).

Anders gesagt: Das Reden über die Praxis mit unseren Zielgruppen ist durch und durch politisiert, also Gegenstand von divergierenden Interessen – Interessen durchaus nicht nur im materiellen Sinne verstanden, da Deutungsmacht in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft mindestens ebenso wichtig ist.

Die These, dass es sich bei dem Themenfeld im erläuterten Sinne um ein Politikum handelt und dass wir es mit „durchmachteten“ Debatten zu tun haben, ist keine polemische Aussage, sondern eine analytische. In anbetracht der Unaufhebbarkeit der Umstrittenheit des Themas und seiner Verflechtung

\* Überarbeiteter Vortrag, gehalten bei der Fachtagung „Praktische Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“ des Violence Prevention Network in Berlin am 18. und 19.12.2008. Ich danke den Teilnehmern für wichtige Kommentare.

mit politischer Macht möchte ich diese Umstrittenheit selbst zum Thema zu machen und damit zu (Selbst-) Klärungen beitragen.

Ich möchte vier zentrale Konflikte beschreiben, die die pädagogische Praxis mit unserer Zielgruppe umstellen:

1. Charakterisierung und Relevanzmessung des Themen- und Problemfeldes.
2. Angemessene Perspektivenwahl und Bearbeitung
3. Zielgruppen
4. Ziele

1. Erstens sind zu nennen die Konflikte um die generelle Bedeutungszuschreibung d.h. also um die Basisdeutung oder die rahmende Interpretation des Problemfeldes. Dieser Konflikt kann bis in die Benennungen und Bezeichnungen verfolgt werden. Zu entscheiden ist die Frage, ob und in welcher Weise ein Gesamtzusammenhang benannt werden soll und welche Relevanz ihm mit der Rahmeninterpretation zugewiesen wird. Konkret: Zu Beginn der 1990er Jahre war von „Ausländerfeindlichkeit“ die Rede oder von einer fremdenfeindlichen Bewegung. Mit dem „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“, dem AgAG, wurde eine vorläufige praxis- und fördermittelrelevante Definition geliefert, was als Kernproblem zu gelten habe: Aggressionen und Gewalttätigkeiten, ganz überwiegend begangen von jungen Männern. Schon damals wurde gefordert, von „Rechtsextremismus“ und von „Rassismus“ zu sprechen, diese oppositionellen Stimmen konnten sich aber zunächst nicht durchsetzen. Auf der Programmebene ist diese Benennung bekanntlich erst mit dem Wechsel in der Regierung und dann nach dem Jahr 2000 mit den drei Bundesprogrammen „Civitas“, „Xenos“ und „Entimon“ vollzogen worden.

Ob das übergeordnete Problemfeld insgesamt als „Rechtsextremismus“ oder als „Fremdenfeindlichkeit“ bezeichnet wird, ist nun aber auch nur ein Indikator, entscheidend sind die mit den jeweiligen Bezeichnungen verbundenen Interpretationen. In jedem Fall ist es kein bloßer Streit um Worte, sondern ein folgenreicher Streit um den Problemfokus und die gesellschaftliche Relevanz, die das Thema haben soll.

Die Benennung „Fremdenfeindlichkeit“ verweist eher auf Probleme, die alle Gesellschaften haben, in die eingewandert wird und ist geeignet, solche Probleme im soziologisch-empirischen Sinne zur Normalität solcher Gesellschaften zu rechnen. „Aggression“ und „Gewalt“ junger Männer sind ebenfalls „normalisierende Deutungen“ – zumal dann, wenn solche Gewalttätigkeiten stärker auftreten, nachdem ein fundamentaler gesellschaftlich-politischer Umbruch stattgefunden hat.

„Rechtsextremismus“ und „Rassismus“ sind demgegenüber Begriffe, die eher für Außergewöhnliches und für Bedrohliches stehen. „Politischer Extremismus“ – wie immer man ihn im einzelnen auch definieren mag – steht für Phänomene, die mit der gegebenen politisch-rechtlich Ordnung nicht nur unvereinbar sind, sondern diese Ordnung als Ganze bedrohen. „Rechtsextremismus“ sagen und nach Gefahrenabwehr zu rufen ist das gleiche.

In Deutschland wird damit überdies auf der Ebene der Konnotationen an die Zeit des NS-Regimes angeschlossen. Ein The-

men- und Problemfeld, für das sich die Bezeichnung „Rechtsextremismus“ und „Rassismus“ durchsetzt, wird in einen Bezug zur nationalen Geschichte gesetzt. Die Behandlung und Auseinandersetzung wird dadurch zu einem Prüfstein für die demokratische Qualität der eigenen Nation. Damit wird das kollektive politische Selbstverständnis ins Spiel gebracht, und die Befürchtung um eine Verschlechterung des internationalen Images kommt zum Tragen. Für „Rassismus“ gilt ähnliches, auch mit der Verwendung dieser Bezeichnung wird eine innere Verbindung zum NS, seinen Ideologien und seiner Mordpraxis gezogen.

Auch wenn diese semantischen Verbindungen nicht in der bewussten Absicht der Urheber liegen mögen, bleibt es doch dabei, dass Begriffe Weichensteller für die Praxis sind: Klammern wir etwa die NS-Assoziationen im „Rassismus-Begriff“ aus, so lässt sich dies in einem anderen Sinne an der Umbenennung des Berliner Landesprogrammes zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zeigen. Vor einiger Zeit wurde dort das Wort „Fremdenfeindlichkeit“ durch „Rassismus“ ersetzt. Was bedeutet das?

Heute ist es üblich, „Rassismus“ nicht lediglich als die Abwertung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu verstehen, sondern damit nur solche Abwertungen zu meinen, die von machthabenden Gruppen ausgehen, also etwa von einer Bevölkerungsmehrheit gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten (etwa: Memmi 1997; Priester 2003, 11). Unter dieser Voraussetzung hat man mit der Umbenennung also diejenigen fremdenfeindlichen Aktivitäten aus der Zuständigkeit des Programms herausdefiniert, die nicht von der hiesigen Mehrheitsangehörigen ausgehen. Gruppenbezogene Feindlichkeiten unter Migrantengruppen oder von Migranten gegenüber der Mehrheitsbevölkerung werden damit ausgeblendet.

Bereits bei der Benennung also haben wir es mit einem umstrittenen Terrain zu tun. Umstritten sind die sachbezogenen Zuordnungen („was soll als Hauptproblem gelten?“) und die Relevanz, die diesem Problem beigemessen wird („wie zentral ist das Problem?“). Handelt es sich um eines von vielen aktuellen Problemen, ein „relatives Problem“ also, oder unterscheidet es sich qualitativ von den üblichen Herausforderungen, ist es also ein „absolutes Problem“?

Zwischen normalisierenden Deutungen von Jugendphänomenen in den von Einwanderung geprägten Gegenwartsgesellschaften und einer Skandalisierung vor dem Hintergrund der Nationalgeschichte sind die Grundinterpretationen und die mit ihnen verbundenen Relevanzzuweisungen angesiedelt.

Der Deutungskonflikt zwischen Normalität und Skandal, zwischen „relativem Problem“ und „absolutem Problem“, ist nun auch älter als die knapp 20 Jahre der erweiterten Bundesrepublik. Gewalttätige Jugendcliquen haben spätestens mit dem 19. Jahrhundert einen festen Platz im Problemtableau moderner Gesellschaften (vgl. Simon 1996) und von „Halbstarken“ spricht man seit dem Ende des 19. Jahrhunderts (Peukert 1984, Maase 1991).

In den Beschreibungen der Rockerarbeit der alten Bundesrepublik klingen viele Ähnlichkeiten mit aktuellen Problemen an. Aber vielleicht muss man noch weiter zurückgehen und

auch die Befassung mit den Halbstarke der 1950er Jahren mitberücksichtigen. Auch die Darstellungen in Günther Kaisers „Randalierende Jugend“ aus dem Jahr 1959 lesen sich jedenfalls erstaunlich aktuell bis dahin, dass sich hier bereits die Hypothese einer Desintegration von Modernisierungsverlierern findet (Kaiser 1959, 201). Soweit wenigstens eine kleine zeitgeschichtliche Reminiszenz, die daran erinnert, dass Literaturkenntnis vor Neuentdeckungen schützen kann (Hermann Heimpel).

Lohnend ist es jedenfalls, den Hinweisen nachzugehen und sich das Konzept anzuschauen, das von Jörg Kraußlach, Friedrich W. Düwer und Gerda Fröhlich 1976 erstmals veröffentlicht wurde auf die Praxiserfahrungen der Jahre 1969 bis 1975 zurückgeht. Ich nenne einige Stichworte für ihre Arbeit, die sie selbst als Arbeit mit der „Randgruppe schwer gefährdeter junger Menschen“ beschreiben (Kraußlach u.a. 1985, 7f.): „Existenzabsicherung der Klientel erreichen“, „Verhaltensstereotypen aufbrechen“, Verhaltensvariabilität erreichen, Rollendistanz und Rollenvielfalt eröffnen, Konflikte anders, also ziviler als bisher bearbeiten. Die Rockerarbeit in einer Hamburger Kirchengemeinde war Cliquesarbeit: in diesem Zusammenhang lauten die Stichworte: die positiven Aspekte der Gruppe stärken und fördern und die gefährdenden Aspekte vermindern (Kraußlach u.a. 1985, 42-45; zum zeitgenössischen Rocker-Phänomen: Weinbauer 2005).

Mit oder ohne Bezug auf Kraußlach u.a. wurde seit den 1970er Jahren die offene Arbeit mit gewalttätigen Cliques ausgebaut und durch zwei wichtige Elemente erweitert:

Dies sind einmal sport- und erlebnispädagogische Elemente und zum anderen verschiedene Varianten politischer Bildungsarbeit, die in die offene Arbeit integriert wurden. Bei dieser Art der politischen Bildungsarbeit bilden die sozialen Bezüge den Rahmen, nicht – wie sonst oft üblich – die Themen oder ein bestimmter Veranstaltungstyp. Als Praxisvertreter einer solchen integrierten politischen Bildungsarbeit nenne ich Peter Steger (etwa: Behn/ Böhm/ Heitmann/ Steger 1995), als Theorievertreter Eckart Osborg (etwa: Osborg 2008). Diese in die sozialpädagogische Arbeit integrierte politische Bildung ist – nebenbei bemerkt – auch eine sinnvolle Antwort auf die in letzter Zeit diskutierte Frage, wie die politische Bildung bildungsarme Zielgruppen erreichen kann (Toyka-Seid 2007).

Gegenüber den sechziger Jahren scheinen mir an neuen Elementen eine Ausdifferenzierung der aufsuchenden Arbeit zu nennen zu sein (vgl. Gulbins u.a. 2007), zu der insbesondere die Fanarbeit und die aufsuchende Sozialarbeit bzw. die aufsuchende und hinausreichende Jugendarbeit gehören (Tossmann/ Tensil/ Jonas 2007).

Mehr vermag ich derzeit nicht an grundlegend neuen Ansätzen zu sehen – die Debatten um die sog. „akzeptierende Jugendarbeit“, einschließlich der Auseinandersetzung mit der sog. „konfrontativen Pädagogik“ (Weidner/ Kilb 2008) leben davon, dass man sich erstens jahrelang an der Differenz zwischen Konzept und etlichen Fällen einer missglückten Realisierung abgemüht hat und dass man zweitens - und das gilt für die sog. „konfrontative“ wie die sog. „akzeptierende“ Arbeit - die plakative und irreführende Etikettenwahl unter Hinweis auf ihre Genese erklärt, erläutert und schliesslich relativiert hat (Danner 2001; Rieker 2008).

2. Ich komme zum zweiten Konfliktfeld: In der Folge und im Anschluss an die generalisierte Grundbestimmung ist umstritten, wie auf das Problemfeld angemessen reagiert werden kann. Grob unterscheiden lassen sich zwei Hauptrichtungen, die anschließen können einerseits an die normalisierende und andererseits an die skandalisierende Interpretation.

Die Daueraufgaben von Erziehung und Bildung, also Wert-, Norm- und Wissensvermittlung an die jungen Generationen sind in hohem Maße in ihrem Zuschnitt gesetzlich geregelt und festen Institutionen übertragen. Damit verbunden sind etablierte Professionen, mit eigenen Ausbildungseinrichtungen, einem professionellen Selbstverständnis, eigenen Fachzeitschriften, Fachtagungen usw. Öffentlich verantwortete Erziehung wird von Lehrkräften, Kinder- und Jugendhilfe von ausgebildeten Sozialpädagogen betrieben, die politische Bildung mitunter auch von Quereinsteigern – meistens aber innerhalb altinstitutionalisierter Strukturen.

Ein wichtiges Kennzeichen dieser Strukturen ist ihre multithematische Kompetenz – bei aller vorhandenen Spezialisierung kann doch von einem Sockel an Kompetenzen von Kenntnissen und Fertigkeiten ausgegangen werden, der breit angelegt ist und weit über eine Themenfamilie hinausreicht.

Besser wäre es aber, hier nicht von einer multithematischen Kompetenz, sondern von einer transthematischen Kompetenz zu sprechen, die sich nicht so sehr auf ein tiefes Sachwissen in Einzelthemen, sondern auf hohe soziale und personale Kompetenzen stützt und v.a. mit dem Auftrag verbunden ist, das eigene pädagogische Handlungsfeld ganzheitlich, d.h. also personen- und nicht monothematisch oder ausschließlich problembezogen zu definieren. „Lebensweltorientierung“ und „Entspezialisierung“ sind die Leitbegriffe der einschlägigen fachlichen Debatten (Hartwig 2002). Letztlich besteht der Auftrag von Schule sowie der Kinder- und Jugendförderung nicht darin, sich auf einzelne, bestimmte Themen zu konzentrieren, sondern die Persönlichkeitsentwicklung ihrer Klientel insgesamt zu fördern.

Neben und in gewisser Spannung zu den Regelangeboten stehen Freie Träger, die in aller Regel auch aus öffentlichen Mitteln finanziert werden und von denen einige sich speziell der Bearbeitung eines oder einiger weniger Themen widmen. Das zweite Konfliktfeld, in das die pädagogische Praxis eingelassen ist, eröffnet sich zwischen angestammten, meist gesetzlich definierten und legitimierten Aufgaben bzw. Institutionen und relativ jungen Akteuren, die als thematische Spezialisten auftreten, ungleich stärker von Sonderprogrammen abhängig sind und sich im wesentlichen über die Relevanz des Themas sowie politische Unterstützung ihrer Sichtweise legitimieren. In der Forschung spricht man von „Diskurskoalitionen“, die ein politisches Feld kontrollieren, wenn sie den diskursiven Raum beherrschen, das heißt: wenn wichtige Akteure überzeugt (oder gezwungen) werden, die rhetorische Macht des Diskurses zu akzeptieren, und wenn dieser Diskurs in institutionelle Praktiken des betreffenden politischen Feldes eingebettet ist und der jeweilige Prozess nach den Vorstellungen eines gegebenen Diskurses verläuft (vgl. Fischer 2007, 27). Die höhere Spezialisierung teilen sie mit der Wissenschaft, mit der sie auch häufig die Praxisferne gemeinsam haben. Die thematische Spezialisierung erlaubt es ihnen, Anregungen



zu geben und in bestimmten Bereichen übersehene Aspekte stärker herauszuheben.

Zu konstatieren bleibt vor diesem Hintergrund die Spannung zwischen einem ganzheitlichen Herangehen und einer monothematischen Perspektive.

Ausdruck des Konfliktes zwischen institutionell verregelten Angeboten in der Kinder- und Jugendförderung und den sonderprogrammgeförderten Projekten sind etwa Forderungen nach einer deutlichen Verbesserung der thematisch breit angelegten Dauerangebote der Schulen (u.a. Scherr 2007). So wurde u.a. gefordert eine breite, thematisch unspezifische oder neutrale Grundversorgung an offener Jugendarbeit und aufsuchender Jugendarbeit zu installieren und dann auf deren Grundlage ggf. erforderlich werdende besondere Angebote zu entwickeln (Simon 2005). Das ist keine komplette, aber eine weitgehende Absage an thematisch spezialisierte Angebote, die oft ohne den Sockel einer solchen Grundversorgung installiert worden sind.

Im Konflikt um angemessene Bearbeitungsmodi spielen neben der Spannung zwischen verregelten Angeboten und programmgeförderten Projekten sowie der Spannung zwischen unterschiedlichen Aufgaben und dem professionellem Selbstverständnis der jeweils dort Tätigen auch Scheinkonflikte eine Rolle.

Zu diesen Scheinkonflikten zähle ich die in den letzten Jahren gerade auch in Berlin diskutierte Frage, inwieweit rechte Gewalt als Jugendgruppengewalt begriffen werden kann (vgl. etwa Senatsverwaltung für Inneres und Sport 2007, S. 68, 70).

In die Diskussion hat sich m.E. ein folgenschweres Missverständnis eingeschlichen, das darin besteht, die polizeistatistische Kategorie der rechten Gewalt und sozialwissenschaftliche Erklärungen von Jugendgewalt auf der gleichen Abstraktionsebene anzusiedeln. Eine Folge dieses Missverständnisses besteht darin, „rechte Gewalt“ und Jugendgruppengewalt als Alternativen zu verstehen, die beiden Begriffe also im Verhältnis eines Entweder-Oder in die Diskussion zu bringen. Tatsächlich aber sind sie an unterschiedliche Perspektiven gebunden, können also nicht als Alternativen verstanden werden.

Zur „rechten Gewalt“ werden neben den auf Systemüberwindung gerechneten Gewalttaten gruppenbezogene oder vorurteilsmotivierte Gewalttätigkeiten gerechnet. Mit der Vergabe des Label „rechte Gewalt“ wird faktisch das Siegel einer hohen gesellschaftspolitischen Relevanz vergeben, damit wird ausgedrückt, dass von den Organen der Inneren Sicherheit diesem Typ von Gewalt politische Relevanz zugeschrieben wird, weil gegen die Norm des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Bevölkerungsgruppen verstoßen wird. Über die Entstehung, über das Zustandekommen dieser Gewaltakte kann und soll eine Polizeistatistik naturgemäß keine Aussagen machen.

Gewaltstraftaten hingegen sozialwissenschaftlich als „Jugendgruppengewalt“ zu betrachten, bedeutet, solche Erklärungen für plausibel zu halten, die für das Zustandekommen dieser Taten die internen und externen Interaktionen von Gruppen von Jugendlichen in den Vordergrund stellen. So gesehen

kann also eine Tat sehr wohl als „rechte Gewalttat“ rubriziert werden und als Jugendgruppengewalt erklärt werden.

In dieser Frage scheint mir kein echter logischer Widerspruch, sondern ein Missverständnis oder der alte Denkfehler einer Ineinssetzung von „Genese“ und „Geltung“ vorzuliegen.

Ein ähnlicher Scheinkonflikt kann sich verbinden mit der heute in den Sozialwissenschaften üblichen Analyse des Rechtsextremismus als sozialer Bewegung. Drei Merkmale machen eine soziale Bewegung aus (Rucht 2002; Grumke 2008): Soziale Bewegungen streben einen grundlegenden sozialen Wandel an und beschränken sich nicht auf einzelne Kampagnen. Die Struktur einer sozialen Bewegung besteht in einer „lockeren, netzwerkartigen Struktur, in der es keine formalen Über- und Unterordnungen und somit auch keine ‚Spitze‘ gibt“ (Rucht 2002, 77). Soziale Bewegungen stehen in Konfliktsituationen und arbeiten in diesen Situationen mit dem Mittel des kollektiven und öffentlichen Protests (77). Eine soziale Bewegung kann also definiert werden als „ein auf Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests - notfalls bis hin zur Gewaltanwendung - herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen“ (77)

Für einen großen Teil des Rechtsextremismus sieht Rucht diese Bedingungen erfüllt. Das Kriterium der Zugehörigkeit von Einzelnen zu solchen Netzwerken ist nicht die Gesinnung als solche, sondern die Einbindung „in ein übergreifendes Kommunikations- und Aktionsnetz“ (80f.) und die zumindest gelegentliche Beteiligung an Protesthandlungen mit rechtsradikaler Zielsetzung. In diesem Sinne der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung gehören auch diejenigen zum „Rechtsextremismus“, die gelegentlich an Demonstrationen teilnehmen oder sich durch Bekenntniskleidung und andere szenetypischen Outfitelemente als zugehörig markieren.

Man würde diese sozialwissenschaftlich-analytische Bestimmung gründlich missverstehen, wenn man sie als gültige Praxisanleitung für Pädagogen verwenden würde, um zwischen Rechtsextremen und Nicht-Rechtsextremen unterscheiden zu können. Das Missverständnis würde noch gesteigert, wenn man damit eine Klassifikation verbinden würde, mit wem etwa in der Jugendförderung noch gearbeitet werden kann und mit wem nicht. Warum wäre das ein Missverständnis?

Das wissenschaftliche Konzept versucht, aus einer analytischen Aussensicht Veränderungen zu beschreiben, wie sie in Westdeutschland insbesondere mit der Studentenbewegung in den Blick geraten sind und rückwirkend dann auch auf frühere Phänomene bezogen worden sind (vgl. Rucht/ Roth 2008). Das Konzept der sozialen Bewegung versucht aus der theoretischen, also nicht auf Veränderung angelegten, handlungsentlasteten Perspektive Merkmale dieses sozialen Phänomens zu begreifen.

Man kann die Aussagen, die für soziale Bewegungen als eigenständige soziale Phänomene getroffen werden, nicht auf die Mikroebene des sozialen Lebens, also auf die Interaktion zwischen einzelnen Individuen herunterbrechen und schon gar nicht als Anweisung für die pädagogische Praxis nutzen. Eine solche von analytischen Konzepten ausgehen-

de, deduktive Klassifizierung von potentiellen Klienten der Jugend- und/ oder Sozialarbeit wäre jedenfalls aus Sicht der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung nicht legitim. Abgesehen von dem Kurzschluss zwischen der Erkenntnis- und der Handlungsperspektive wäre damit die Autonomie des Pädagogischen Handelns, der Eigenbereich pädagogischer Verantwortlichkeit verletzt.

Hier handelt es sich m.E. um ein Missverständnis, das recht einfach aufzulösen ist.

3. Mit dem letztgenannten Aspekt bin ich auch bereits bei den Konflikten um die Adressaten und Zielgruppen, genauer: Beim Bild und beim Image der Zielgruppe.

Diese bewegt sich – in der binären Logik der bisherigen Darstellung – zwischen einem differenzierten, professionellen Bild, das Personen als Einheit von Opfer (ihrer Biographie und sozialen Umstände) und Täter sehen kann (Voß 1995) einerseits und andererseits als Projektionsfläche eines generalisierten Feindbildes.

Am einen Pol stehen diejenigen, die vom skandalisierenden Grundkonzept des Rechtsextremismus ausgehen und daran mit einem Feindbild Rechtsextremismus anschließen:

Wer einen gewissen Schwellenwert an rechtsextremer Qualität überschritten hat, kann in dieser Perspektive nicht mehr Adressat von Jugend-, Bildungs- oder Sozialarbeit werden bzw. er/ sie kann dies nur, soweit diese seine Belastung in besonderer Weise bearbeitet wird. Dem gegenüber steht das Konzept einer Autonomie der sozialpädagogischen und jugendarbeiterischen Praxis, das auf seinem Recht besteht, die Maßstäbe des eigenen Handelns selbst zu entwickeln und zu verantworten: ‚Wir arbeiten mit denen, mit denen wir arbeiten wollen und mit denen wir arbeiten können. Die inhaltlichen Maßstäbe geben wir uns selbst.‘

In diesem Konflikt scheint es mir in eminentem Maße um die Selbstbehauptung angestammter Arbeitsfelder und eines professionellen Selbstverständnisses zu gehen, in das man sich von thematisch orientierten Spezialisten nicht hineinreden lassen will.

Dass es bei diesen Konflikten weder um das berühmte Deckenhäkeln noch um herrschaftsfreie Diskurse geht, ist spätestens seit Herbst 1992 bekannt: Damals wurde der evangelische Sozialdiakon Michael Heinisch in Berlin-Lichtenberg zusammengeschlagen, weil er mit seiner Arbeit angeblich „rechte Strukturen“ gefestigt habe (Czernin 1993; Heinisch 1994). Mit diesem Vorwurf wird bis heute gearbeitet, die Mittel variieren – die Intensität belegt, dass dieser Konflikt ein Konflikt ist, bei dem es nicht allein nur um Interessen geht, sondern auch um die Identität, also um den Existenzgrund und das Selbstverständnis einer der beiden Konfliktparteien.

Der Konflikt um das Bild der Klientel hat auch in anderer Hinsicht Folgen: Je stärker sich der skandalisierende Diskurs von Gewalttätigkeit und Rechtsextremismus durchsetzt, um so riskanter wird es für kleine Träger, Projekte mit jungen Leuten durchzuführen, die u.a. auch gewalttätig sind und sich rechtsextrem orientieren. Ein „Vorfall“, eine aktuelle Attacke etwa, kann sehr leicht als Misserfolg der Arbeit ausgelegt werden wie gene-

rell die Nicht-Verhinderung von Gewalttätigkeiten als faktische Unterstützung des Rechtsextremismus interpretiert werden kann. Es ist vor diesem Hintergrund für neue oder kleine Träger geradezu ein Gebot der betriebswirtschaftlichen Vernunft, einen großen Bogen um diese Klientel zu machen.

Auch in diesem Punkt hat sich wenig verändert. Bereits Kraußlach und Kollegen notierten: „Wir machten (...) die Erfahrung, daß diejenigen, die sich mit Randständigen beschäftigen, selbst als Randständige definiert werden.“ (Kraußlach u.a. 1976, 12).

4. Bei den Bestimmungen der Ziele verlasse ich die dichotomisierende Logik, hier scheint mir das Feld – selbst für eine grobe Darstellung - vielfältiger zu sein. Die implizit oder explizit formulierten Ziele der Arbeit hängen von mehreren Einflussgrößen ab:

Einmal natürlich von der unter dem ersten Aspekt genannten Grundentscheidung zwischen einer normalisierenden und skandalisierenden Perspektive.

Zweitens von den jeweils vorherrschenden meist impliziten Konzepten gesellschaftlicher Zielzustände, also von den Erwartungen an wünschenswerte oder jedenfalls für möglich gehaltenen gesellschaftlichen Zuständen. Hier ist das ganze Spektrum zu finden, das von utopischen bis hin zu hyperrealistischen, sprich: konservativen Ideen reicht.

Hinter mancher anspruchsvollen Zielsetzung steht freilich die Vorstellung, es könne eine Gesellschaft geben, in der es keine randalierende Jugend gibt und in der gesellschaftliche Konflikte ohne Gewalttätigkeiten ausgetragen werden würden. Das ist ein irreführender Utopismus.

Drittens hängen die formulierten Ziele auch von dem Wert und den Veränderungsmöglichkeiten ab, die man der pädagogischen Arbeit als solcher beimisst. Je wichtiger man Pädagogik nimmt und je wirksamer man sie einschätzt, um so weitgehender werden auch die Ziele sein, die man mit der konkreten Arbeit verbindet.

Viertens kann man manchmal auch den Eindruck gewinnen, dass die Formulierung von Zielen nicht zuletzt auch von den Praxiserfahrungen ihrer Autoren abhängt. Mit wachsendem sozialen Abstand zu den Zielgruppen scheint die Tendenz zu weitgehenden Zielen zuzunehmen. Je geringer die direkten Kontakte, um so höher sind die Ansprüche.

Die Konflikte um Ziele bewegen sich einmal um die Frage, ob es allein um Verhaltensänderungen geht oder ob auch Einstellungsmuster verändert werden müssen, um von einem Erfolg sprechen zu können (Tappen 1995). Konkret: Reicht es, die Variabilität im Verhalten der Adressaten so zu erweitern, dass Gewalttätigkeiten reduziert werden oder gehört die Reduktion von missgünstigen, abwertenden und verachtenden Haltungen und Äußerungen gegen gesellschaftliche Gruppen unabdingbar zu den Zielen der Arbeit?

Diese Konfliktlinie wird ergänzt um die etwa anders gelagerte, aber verwandte Kontroverse entlang der Unterscheidung „Legal – Illegal“. Können, müssen, dürfen Ziele formuliert werden, die über die Forderung nach Nicht-Strafbarkeit hinausgehen? Während mit diesen beiden Konfliktlinien die untere Grenze der Zielbestimmungen gezogen wird, können die Ansprüche nach

oben sehr weit gefasst werden. Doch auch sie lassen sich formulieren und als eine Art von Reflexionspotenzierung verstehen. Sie bestehen in einer Kombination von drei Dimensionen: (1) erstens den faktischen Verhaltens- und Einstellungsänderungen bei der Klientel, (2) einer kritischen Selbstreflexion ihres eigenen, aufgegebenen Verhaltens und Denkens, die biographische, geschlechtsspezifische, soziale und politische Dimensionen umfassen kann und (3) in einer kritischen Reflexion der gesellschaftlich gültigen Kognitionsschemata, also den Stereotypisierungen, mit denen die Grenzen zwischen Eigenem und Fremdem gezogen werden und die Zuordnungen von Einzelnen zu sozialen Kategorien vorgenommen werden. Die Forderung nach Beachtung und Anerkennung von Differenzen etwa im Kontext einer Diversity-Pädagogik sei nicht ausreichend, so eine der maximalistischen Positionen, solange nicht auch die Auseinandersetzung geführt werde, wie sozial relevante Differenzen gesellschaftlich etabliert und Differenzmarkierungen für soziale Typisierungen, Ausgrenzungen und Diskriminierungen verwendet werden (vgl. Scherr 2007). Soweit also das Spektrum von Positionen, innerhalb dessen sich die Konflikte um die Zielbestimmungen der Arbeit mit „rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“ bewegen.

Damit bin ich am Ende des Versuches, einen Überblick über die Arbeit mit unserer Klientel entlang einiger maßgeblichen Konfliktlinien zu geben.

Genannt hatte ich (1) die Konflikte um die Konzeptionalisierung, Benennung und Relevanzzuweisung des Problemfeldes im Ganzen, (2) die Konflikte um die angemessene Bearbeitung, mit den Stichworten: verregelte dauerhafte Angebote vs. Sonderprogramme und Professionen vs. Engagierte, (3) die Konflikte um das Bild der Zielgruppen und (4) die Konflikte um Zielbestimmungen der Arbeit.

Über Ergänzungen und v.a. Korrekturen dieses Holzschnitts freue ich mich. Vielen Dank.

#### Literatur

- Behn, Sabine/Böhm, Gerlinde/Heitmann, Helmut/Steger, Peter (Hrsg.): *Glatzen, Cliques und ein Club. Interviews und Gespräche aus einem Film über die Arbeit mit rechten Jugendlichen*. Berlin: IFFJ 1995
- Bleiß, Karin u.a.: *Distanz(ierung) durch Integration*. in: *Neue Praxis* (2004), H. 6, S. 568-590
- Czernin, Monika: *Arbeit mit rechten Jugendlichen*. in: *Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte* 40 (1993), H. 4, S. 336-340
- Danner, Stefan: *Was bedeutet „Akzeptanz“ in der Pädagogik?* in: *Neue Sammlung* 41 (2001), H. 3, S. 425-462
- Friedrich-Ebert-Stiftung/ Gangway e.V. (Hrsg.): *Fachtagung „Neue Wege im Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen“*. Dokumentation. Berlin 2004
- Fischer, Frank: *Die argumentative Wende - und was sie für die Politikberatung bedeutet*. in: Leggewie, Claus (Hrsg.): *Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2007, S. 17-33
- Grumke, Thomas: *Die rechtsextremistische Bewegung*. in: Roth, Roland/ Rucht, Dieter (Hrsg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2008, S. 475-491
- Gulbins, Guido u.a.: *„Denn sie wissen nicht, was sie tun“? Evaluation aufsuchender Arbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen*. in: *Deutsche Jugend* 55 (2007), H. 12, S. 526-534

Hafeneger, Benno: *Pädagogik und Jugendarbeit mit rechten Cliques. Eine*

*zwischenbilanzierende Einschätzung*. in: *Deutsche Jugend* 50 (2002), H. 11, S. 466-473

Hafeneger, Benno: *„Ich bin stolz ...“: Neue Wege im Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen*. in: *Unsere Jugend* 56 (2004), H. 7/ 8, S. 338-342

Hafeneger, Benno: *Jugend- und Bildungsarbeit im Umgang mit gewaltbereiten und rechtsextrem orientierten Jugendlichen*. in: *Unsere Jugend* 58 (2006), H. 4, S. 171-181

Hajer, Maarten A.: *Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung*. in: Keller, Reiner u.a. (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 2*. Opladen: Leske + Budrich 2003, S. 271-298

Hartwig, Luise: *Spezialisierung versus Entspezialisierung*. in: Schröer, Wolfgang/ Struck, Norbert/ Wolff, Mechthild (Hrsg.): *Handbuch Kinder- und Jugendhilfe*. Weinheim, München: Juventa 2002, S. 959-970

Heinisch, Michael: *Grundlagen sozialdiakonischer Jugendarbeit. Einige Erkenntnisse aus der Arbeit in Berlin-Lichtenberg* (1992). in: Behn, Sabine/ Heitmann, Helmut (Hrsg.): *Jugendarbeit und Rechtsextremismus. Erfahrungsberichte und kommentierte Literatur*. Berlin: IFFJ 1994, S. 111-117

Heitmeyer, Wilhelm/ Möller, Kurt: *„Nazis raus aus dieser Stadt!“? Für neue Wege im Umgang mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen*. in: *Deutsche Jugend* 37 (1989), H. 1, S. 19-33

Kaiser, Günther: *Randalierende Jugend. Eine soziologische und kriminologische Studie über die sogenannten ‚Halbstarke‘*. Heidelberg 1959

Krafeld, Franz Josef: *Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliques - eine Bilanz*. in: *Unsere Jugend* 53 (2001), H. 12, S. 507-514

Krafeld, Franz Josef: *Entwicklung und Perspektiven akzeptierender Jugendarbeit*. in: Simon, Titus (Hrsg.): *Spurensuche. Fachliche und politische Konsequenzen für die Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen - abgeleitet aus der zurückliegenden Praxis in Sachsen-Anhalt*. Magdeburg: Erich-Weinert-Buchhandlung 2005, S. 101-113

Kraußlach, Jörg/ Düwer, Friedrich W./ Fellberg, Gerda: *Aggressive Jugendliche. Jugendarbeit zwischen Kneipe und Knast* (5. Aufl.). Weinheim: Juventa 1985

Maase, Kaspar: *Vergebliche Kriminalisierung. Zum Platz der Halbstarke in der Geschichte*. in: *Kriminologisches Journal* 23 (1991), S. 189-203

Memmi, Albert: *Versuch einer kommentierten Definition des Rassismus*. in: Wolf, Andrea (Hrsg.): *Neue Grenzen. Rassismus am Ende des 20. Jahrhunderts*. Wien: Sonderzahl 1997, S. 23-33

Möller, Kurt: *Soziale Arbeit gegen Menschenfeindlichkeit. Lebensgestaltung über funktionale Äquivalenzen und Kompetenzentwicklung*. in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 5*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2007, S. 294-311

Osborg, Eckart: *Akzeptierende Sozialarbeit mit Rechtsorientierten. Was kommt danach?* in: *Standpunkt: Sozial. Hamburger Forum für Soziale Arbeit* (2002), H. 1, S. 34-41

Osborg, Eckart: *Der konfrontative Ansatz der subversiven Verunsicherungs-pädagogik in der Präventionsarbeit mit rechten und rechtsorientierten Jugendlichen*. in: Weidner, Jens/ Kilb, Rainer (Hrsg.): *Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung* (3. Aufl.). Wiesbaden: VS 2008, S. 191-207

Peukert, Detlev: *Die „Halbstarke“*. *Protestverhalten von Arbeiterjugendlichen zwischen Wilhelmischen Kaiserreich und Ära Adenauer*. in: *Zeitschrift für Pädagogik* 30 (1984), S. 533-548

Priester, Karin: *Rassismus. Eine Sozialgeschichte*. Leipzig: Reclam 2003

Rieker, Peter: *„Akzeptierende“ und „Konfrontative“ Pädagogik. Differenzen - Gemeinsamkeiten - Entwicklungsbedarf*. in: Weidner, Jens/ Kilb, Rainer (Hrsg.): *Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung* (3. Aufl.). Wiesbaden: VS 2008, S. 117-132

Rucht, Dieter: *Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung*. in: Grumke, Thomas/ Wagner, Bernd (Hrsg.): *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen - Organisationen - Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*. Opladen 2002, S. 75-86

Rucht, Dieter/ Roth, Roland: *Soziale Bewegungen und Protest - eine theoretische und empirische Bilanz*. in: Roth, Roland/ Rucht, Dieter (Hrsg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2008, S. 635-668

Scherr, Albert: *Pädagogische Antworten auf Rechtsextremismus*. in: Schoeps, Julius H. u.a. (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention*. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg 2007, S. 321-329

Schubarth, Wilfried: *David gegen Goliath? Aktuelle Herausforderungen der*



Jugendarbeit beim Umgang mit Rechtsextremismus. in: *Deutsche Jugend* 55 (2007), H. 7/8, S. 311-316

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): *Rechte Gewalt in Berlin 2003 bis 2006. (Studienreihe „Im Fokus“)*. Berlin 2007

Simon, Titus: *Raufhändel und Randalen. Sozialgeschichte aggressiver Jugendkulturen und pädagogischer Bemühungen vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Weinheim, München: Juventa 1996

Simon, Titus: Was bei einer künftigen Arbeit mit „rechten Jugendlichen“ endlich einmal zu berücksichtigen wäre. in: Simon, Titus (Hrsg.): *Spurensuche. Fachliche und politische Konsequenzen für die Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen - abgeleitet aus der zurückliegenden Praxis in Sachsen-Anhalt*. Magdeburg: Erich-Weinert-Buchhandlung 2005, S. 114-131

Sturzenhecker, Benedikt: *Arbeitsprinzipien Offener Jugendarbeit mit latent rechtsorientierten Cliquen. Erfahrungen aus Westfalen-Lippe*. in: *Unsere Jugend* 53 (2001), H. 12, S. 515-522

Tappen, Hans-Michael: *Grundsätzliche pädagogische Betrachtungen zu rechtsradikalen Skinheads. Ein demokratisches Plädoyer*. in: *Soziale Arbeit* 44 (1995), H. 5, S. 146-154

Tossmann, Peter/ Tensil, Marc-Dennan/ Jonas, Benjamin: *Evaluation der Streetwork und der mobilen Jugendarbeit in Berlin*. Berlin 2007

Toyka-Seid, Christiane: *Politische Bildung für bildungsferne Jugendliche. Debatte um Neuausrichtung der politischen Bildung*. in: *Forschungsjournal NSB [Neue Soziale Bewegungen]* 20 (2007), H. 3, S. 125-131

Verein für Kommunalwissenschaften (Hrsg.): *Pädagogische Konzepte in der Jugendsozialarbeit mit rechten Jugendlichen. Dokumentation des Workshops am 8. und 9. März 2001 in Berlin*.

Voß, Stefan: *Akzeptierende Jugendarbeit. Zur Debatte um Straßensozialarbeit mit rechten Jugendlichen*. in: Becker, Gerd/ Simon, Titus (Hrsg.): *Handbuch aufsuchende Jugend- und Sozialarbeit. Theoretische Grundlagen, Arbeitsfelder, Praxishilfen*. Weinheim, München: Juventa 1995, S. 171-182

Weidner, Jens/Kilb, Rainer (Hrsg.): *Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung* (3. Aufl.). Wiesbaden: VS 2008

Weinhauer, Klaus: *Drogenkonsum und Jugendgewalt in bundesdeutschen Großstädten der 1960/70er-Jahre. Auf dem Weg zu einer neuen Unübersichtlichkeit*. in: *Jahrbuch Jugendforschung* 5 (2005), S. 71-90

# Thomas Mücke

## Gewalt verlernen – ohne Demütigung: Das Antigewalt- und Kompetenz-Training (AKT)

Das Antigewalt- und Kompetenztraining (AKT) ist ein nicht-konfrontativer Ansatz in der Antigewalt- und Bildungsarbeit. Dieses Training sowie die zugrunde liegende Methode der Verantwortungspädagogik® wurden von Violence Prevention Network entwickelt. Auf der Grundlage einer verstehenspädagogischen, ressourcenorientierten und demütigungsfreien Philosophie spannt dieser Ansatz einen Bogen zwischen akzeptierenden und hinterfragenden Elementen. Das AKT wurde in verschiedenen Modellprojekten des Jugendstrafvollzugs und der Jugendhilfe erprobt, weiterentwickelt und evaluiert.

Im Laufe der Jahre hat es vielfältige pädagogische Anstrengungen gegeben, vorurteilsorientierte und gewalttätige Tendenzen unter jungen Menschen vorzubeugen und zu begegnen. Dazu zählen ebenso bildungspolitische Maßnahmen, zivilgesellschaftliche Ansätze wie auch Beratungsarbeit und Opferhilfe. Eher rar sind Ansätze, die unmittelbar mit jugendlichen Tätern arbeiten und u. a. in Zwangskontexten wie dem Jugendstrafvollzug angesiedelt sind. Noch seltener sind Ansätze, die sich außerhalb der konfrontativen Pädagogik bewegen.

Hauptziel des AKT-Programms ist die Professionalisierung eines Ansatzes der Präventions- und Bildungsarbeit mit gewaltbereiten und vorurteilsmotivierten – bspw. rechtsextrem orientierten – Jugendlichen. Es geht besonders um Jugendliche, die so genannten bildungsfernen Schichten entstammen und schwerste Gewaltstraftaten begangen haben. Diese Zielgruppe braucht ein pädagogisches Konzept, das einerseits zivilgesellschaftliche Verfahrensformen aufgreift (also etwa das Betonen von Bürgerrechten und -pflichten jenseits religiöser, ethnischer und kultureller Identitäten) und andererseits ihre Bildung und ganz persönliche Selbstständigkeit zu stärken versucht, ohne die Community im Hintergrund zu vergessen.

### Theoretischer Hintergrund

Das Trainingskonzept basiert auf dem akzeptierenden-annehmenden und demütigungsfreien Ansatz und enthält Elemente aus der Verhaltens-, systemischen und Gruppenpsychotherapie, aus der konstruktiven Konfliktlösungstheorie (gewaltfreie Kommunikation und Mediation) sowie aus der Erlebnispädagogik. Darüber hinaus werden Methoden und Inhalte politisch-historischer Bildungsarbeit implementiert. Das Training wird bedarfsgerecht und prozessorientiert gestaltet. Es beschränkt sich zudem nicht nur auf die Jugendlichen und Heranwachsenden. Ebenso bezieht es Angehörige und wichtige Bezugspersonen der jugendlichen Akteure mit ein.

Alle Inhalte und Methoden werden unter Berücksichtigung der persönlichen Grenzziehungen der Teilnehmer umgesetzt. Es

werden nur demütigungsfreie Methoden und Techniken eingesetzt. Selektive und nur auf Techniken der Konfrontation beruhende Methoden werden abgelehnt. Auf Provokationen, beispielsweise durch körperliche Berührungen, persönliche Kränkungen oder Demütigungen wird ausdrücklich verzichtet. Ebenso wird auf eine „belehrende“ pädagogische Beziehung zwischen Trainer/in und Jugendlichen verzichtet, die machtorientiert hierarchisiert und auf Kampfbeziehungen ausgerichtet ist. Diese widerspräche dem Ansatz der demütigungsfreien Nachsozialisation, der von der Notwendigkeit einer gegenseitig wertschätzenden Beziehung ausgeht.

### Grundüberlegungen

Das Konzept basiert auf folgende Grundüberlegungen:

- Junge Menschen werden in der Gesamtheit ihrer Geschichte und ihrer Lebenswelten und im Kontext sowohl ihres abweichenden Verhaltens als auch ihrer vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen betrachtet. Sie werden im Kreislauf von Gewaltausübung und eigenen Misshandlungs- und Missachtungserfahrungen gesehen. Das biografische und lebensweltliche Verstehen ist ein Schlüsselement des Programms, da nur hierdurch das Verständnis des Entstehungsprozesses von Hass und Gewalt ermöglicht werden kann. Aus dem gleichen Grund ist es notwendig, ihre jeweiligen ideologischen Überzeugungen in die Auseinandersetzung mit den jungen Menschen einzubeziehen. Der junge Mensch wird somit nicht auf seine Gewalttaten reduziert. Seine Veränderungsoptionen fokussieren den Blickwinkel auf seine Fähigkeiten und Ressourcen.
- Erst eine verlässliche Beziehungsarbeit und die ständige Bereitschaft zur Auseinandersetzung ermöglichen Veränderungs- und Entwicklungsprozesse. Angestrebt werden Lernprozesse, die von den Jugendlichen als persönliche Wachstumsprozesse begriffen werden. Veränderungen sollten Folge ihrer ureigensten Entscheidungen sein.
- Alle Angebote erfolgen freiwillig, da Veränderungen sich nicht durch das Erzeugen von Zweckverhalten ermöglichen lassen. Die persönlichen Lernziele werden mit den Jugendlichen gemeinsam entwickelt. Das Training ist prozessorientiert, die Trainer/innen geben Impulse für mögliche Veränderungen; die Teilnehmer müssen allerdings selbst entscheiden, ob und welche Veränderungen sie in ihren Alltag umsetzen wollen.
- Das Training findet in der Regel und weitgehend in der Gruppe statt, da die Interaktionen zwischen gleichaltrigen Jugendlichen von hoher Wirksamkeit für das zu verändernde Verhalten sind.

de Verhalten sind. Das Lernen in einer Gruppe von Gleichaltrigen ermöglicht gegenseitige Empathie- und Unterstützungsprozesse.

- Politische Bildung ist ein wichtiges Kernelement der Antigewaltarbeit, da vorurteilsorientierte Einstellungsmuster und Gewalthandlungen im direkten Zusammenhang stehen.
- Lernprozesse – besonders das Verlernen von Hass und Gewalt – sind langwierige Prozesse, die langfristige Beziehungen benötigen und großer Unterstützung bedürfen. Daher sind auch nach Abschluss des Trainings die Trainer/innen im Rahmen eines Übergangsmanagements verfügbare Ansprechpersonen, damit Lernprozesse sich bewähren und risikobehaftete Situationen gemeinsam bearbeitet werden können.

### Die Trainingsreihen

Kernstück des Programms „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt“ sind Trainingsreihen, in denen jeweils 2 Trainer/innen mit einer maximal achtköpfigen Gruppe über einen Zeitraum von ca. 5 Monaten arbeiten. Vorrangige Zielgruppe ist der Kreis der männlichen vorurteilsorientierten Gewalttäter. Das Training verfolgt folgende Ziele:

Die Teilnehmenden verstehen und verändern ihr eigenes Gewaltverhalten. Sie akzeptieren das Grundrecht auf Menschenwürde und Unversehrtheit jedes Menschen. Sie sind fähig, Konflikte gewaltfrei zu lösen.

Die Teilnehmenden übernehmen für ihr eigenes Handeln Verantwortung und sind entsprechend in der Lage, eine Distanz zur gewaltträchtigen Gruppendynamik und zu rechtsextremen Einstellungsmustern zu entwickeln.

Aufbauend auf ihren persönlichen Stärken und den sich entwickelnden Kommunikations-, Beziehungs- und Konfliktlösungsressourcen gestalten die Teilnehmenden eigenverantwortlich eine positive Zukunftsplanung.

Die Konzeption für das Programm mit den jugendlichen Adressaten sieht ein Training vor, dass u.a. folgende Module enthält:

- Biographie
- Männlichkeitskonzepte
- Tataufarbeitung und Gewalt
- Cliquenzusammenhänge
- Opfer-Status und reale Folgen
- Bildungsarbeit
- Vorbereitung auf Entlassung
- Angehörigentage

Jeweils in den Modulen finden sich die Themenfelder Extremismus, Ethnozentrismus und Männlichkeitsbilder als Querschnitts-Themen wieder. D. h. sie werden hier zum besseren Verständnis als einzelne Module aufgeführt, durchziehen aber im Prinzip das ganze Training.

Hypermaskuline Männlichkeitsbilder stehen oft direkt im Zusammenhang mit Gewalttaten, weswegen sie im Training inhaltlich besonders berücksichtigt werden. Nach dem Training besteht die Option eines Stabilisierungscoachings bzw. Übergangsmanagements.

## Die Module im Detail:

### Modul „Biografie“

Auffällig bei den Jugendlichen sind die hohe Orientierung an Cliquen und der vergleichsweise frühe Beitritt. Man könnte meinen: Das ist Schutz und Problem zugleich. Was immer wieder anzutreffen ist, sind übersteigerte Maskulinitätskonzepte und die Rhetorik einer Normenwelt von Ehre, Respekt und Autorität. Darin ist zur Eigenlegitimation auch immer die eigene „Beschützerrolle“ enthalten. Opfer – ein ehrabschneidendes Schimpfwort – will keiner sein.

Um mit den Jugendlichen arbeiten zu können und bei ihnen gewissermaßen einen Fuß auf den Boden zu bekommen, muss eine Phase des Verstehens vorgeschaltet werden. Es geht darum nachzuvollziehen, welcher Logik und welchen Bewertungsmustern das Denken folgt. Der bzw. die Jugendlichen sollen Motive und Themen ihres bisherigen Lebens beschreiben, ihnen Sinn und Bedeutung zuweisen. Wann haben beispielsweise die Verstrickungen in rechtsextreme Kontexte begonnen, wo sind die Parallelen zwischen entsprechenden Einstellungen und der eigenen Gewaltkarriere? Dabei geht es nicht um Entschuldigungen ihres Verhaltens, sondern um die eigenen Strategien der „Verschlimmbesserungen“, der Verharmlosung; es geht darum, dass sich die Jugendlichen als Akteure ihres eigenen Lebens kennenlernen.

Und es geht um ein weiteres – gerade zu Beginn der Trainings: Nämlich darum, gewissermaßen „Bündnisbereitschaft“ auf Seiten der Jugendlichen zu erreichen, um überhaupt Veränderungen einzuleiten. Andernfalls bleibt das weitere Vorgehen ineffektiv.

### Modul „Männlichkeitskonzepte und Selbstrechtfertigungs-Systeme“

Ehre, Scham und Achtung sind zentrale Elemente in der Konstruktion von Männlichkeit bei Jugendlichen und in ihren Cliquen. Archaische Männlichkeitstraditionen leben in ihnen fort. Provokationen und Anmache sind durchsetzt von sexuellen Anspielungen. Sie spiegeln gewissermaßen Rituale und folgen einem inszenierten Fahrplan, der brutale Gewalttaten folgerichtig in sich einschließt.

Der starke Cliquenzusammenhang unterstützt diesen Prozess. Erfahrungen werden immer wieder zu (neu) erzählten Geschichten verdichtet und zu manifesten Werthaltungen erhoben.

In diesem Modul soll das Konglomerat von scheinbar in sich schlüssigen Bezugssystemen zum Thema werden. Was wird zu welchen Weltbildern verdichtet? Wie funktionieren Verleugnungs- und Verharmlosungsstrategien? Wie und warum stilisieren sich Einzelne zum (strukturellen) Opfer? Mit welchen Mythen und Legenden wird gespielt?

### Modul „Tat-Aufarbeitung“

Die zu behandelnden Gewaltstraftaten sind zuweilen von äußerster Brutalität. Beschreibungen einzelner Details lassen geradezu rauschartige Zustände vermuten. Zentral scheint wohl auch die Herabsetzung und Erniedrigung des oder der Opfer zu sein. Eine langfristig geplante und instrumentelle Absicht ist eher nicht erkennbar.

Hier wird und muss es darum gehen zu bearbeiten, was im Detail passiert ist, beispielsweise welche Mechanismen wie in Gang gesetzt wurden, was an „Codes“ im Gruppenkontext funktionierte, wer weshalb zum Opfer wurde. Es geht um die Prozesshaftigkeit dessen, was geschah, und um die Identifikation von Situationen, in denen die Täter hätten aussteigen können. Jeder der Beteiligten hätte Einhalt gebieten können. Nur wie? Sehr detailliert müssen die Tatverläufe nachgezeichnet werden. Was hätte anders verlaufen müssen, was muss künftig anders werden, um aus Gefährdungssituationen rechtzeitig auszusteigen und sich nicht den eigenen Affekten wie den jeweiligen Gruppendynamiken auszuliefern?

Gefragt ist hier für die Pädagogen, stringent an Fall und Prozess zu bleiben. Sie werden es mit permanenten Ausflüchten zu tun bekommen, und es werden bei ihnen Bilder aktiviert werden, die ihre jugendlichen Gegenüber als strukturelle Opfer darstellen.

### Modul „Cliquenzusammenhänge“

Cliquen haben für männliche Jugendliche eine enorme Bedeutung. Sie sind Rückzugsort und „Durchlauferhitzer“ zugleich. In ihnen werden gewissermaßen Patchworkidentitäten geschaffen, die nicht einfach nur das Wiederaufleben überkommener Traditionen bedeuten. Sondern es werden Versatzstücke aus verschiedenen Milieus, Welten und Subkulturen aufgegriffen, mit religiös-spirituellen und neo-nazistischen Deutungen vermischt und zu kruden Weltbildern und Zuschreibungen verdichtet.

In diesem Modul geht es um den Cliquenkontext und dort entstandene (Gruppen)Identitäten. Welche Bedeutung hat die Clique für den Einzelnen? Was heißt Gruppendruck? Kann man sich dem entziehen und wenn ja, wie? Wo sind die Schauplätze, um den „Kick“ zu bekommen und Ehrvorstellungen oder die Vollstreckung des vermeintlichen Mehrheitswillens, von „Recht“ und „Ordnung“ etc. zu inszenieren, zu der sich die Täter selbst ermächtigen? Wie laufen solche gruppendynamischen Prozesse ab? Was hält die Gruppe zusammen? Was heißt Loyalität? Was wird nach der Haftentlassung geschehen? Wie will man der (alten) „rechten“ Gruppe begegnen, ihr ausweichen? Wo liegen die konkreten Gefährdungen? Wie geht man mit potentiellen „Herabsetzungen“ um, die an archaische Männlichkeitsmythen appellieren? Wie gestaltet man den Alltag jenseits der „Szene“.

In sehr konkreten Inszenierungen gilt es immer wieder, für den „Ernstfall“ zu üben.

### Modul „Opfer“

„Opfer“ möchte keiner sein – bestenfalls in struktureller Hinsicht. Dem individuellen Opfer gehört meist die Verachtung der jugendlichen Täter; in dessen Rolle will sich keiner versetzen. Andererseits sind Einfühlung und Empathie Schlüsselbegriffe, um sich dem Thema von Ehre, Moral, Männlichkeit, Scham und Gerechtigkeit zu nähern. Sich ihnen zu nähern, stellt gewissermaßen die Erkundung der anderen, der eigenen „weichen“ Seite dar. Und diese widerspricht den maskulinen Abziehbildern von Kampfesmut, Risikobereitschaft und den Demonstration von Stärke und ostentativer Zusammengehörigkeit diametral.

Die in diesem Modul angesprochenen Aspekte sind gewissermaßen Querschnittsthemen: Grenzen respektieren, auf die andere Seite gehen können, die Sache aus verschiedenen Perspektiven sehen und soziale Situationen entziffern lernen – all das bildet letztlich die Basis dafür, Ambivalenzen aushalten zu können und für den Aufbau und die Entwicklung moralischen Bewusstseins. Kurzum: was bedeutete das Geschehen für das Opfer? Wo stecken die eigenen „weichen“ Persönlichkeitsanteile? Wieso werden sie verleugnet? Was bedeutet es, in den Fußstapfen des anderen zu gehen, einmal einen radikalen Perspektivwechsel vorzunehmen?

### Modul „Bildungsarbeit“

Zu den Lebenswelten der Jugendlichen gehören Versatzstücke aus nazistischer Symbolik ebenso wie Argumentationen und Legitimationsmuster der Jugendlichen bzw. ihrer Cliques vielfach neonazistische Ideologemen entlehnt sind. Stereotype und Vorurteile sind nicht nur Teil der Gedankenwelt der Jugendlichen, sie sind emotional auch hochgradig aufgeladen. Das Geschichtsbild ist krude und ahistorisch. Sie argumentieren mit einer Überhöhung der eigenen Tradition, Herkunft und Kultur, die dem Rasse-Begriff sehr nahe kommt. Dazu treten beinahe immer antisemitische Positionen.

Häufig entsteht der Eindruck, dass zuweilen schrecklichste Gewalttaten nachträglich gerechtfertigt und ideologisch aufgewertet werden. Dem wohnt die Gefahr inne, dass solche Rechtfertigungsmuster und ihre ideologischen Anteile vor schnell von den betreuenden Pädagogen/innen übergangen werden, weil diese ihnen zu diffus, zu fragmentarisch oder kurz: zu läppisch erscheinen, um der Aufarbeitung wert zu sein. Andererseits werden hier gesellschaftliche Vorstellungen formuliert, die es ernst zu nehmen gilt und auf die unmittelbar zu antworten ist.

Allerdings nicht in Form klassischer Bildungsarbeit, denn großer Überzeugungsdruck würde eher auf Kampfbeziehungen hinauslaufen. Ideologischen Motiven und Einstellungen ist aber kaum mit einfacher Überzeugungsarbeit und den offensichtlich besseren Argumenten beizukommen. Vielmehr sind herausfordernde Fragen nach näherer Erläuterung der Motive erfolgversprechend oder ein Vorgehen, das dem Dilemmata-Modell von Kohlberg ähnelt. Verhalten und moralische Motive von Menschen werden anhand von konkreten Entscheidungsproblematiken ermittelt, die mehrere entgegen gesetzte Lösungen zulassen. Es kommt zu Widersprüchen, moralische Tabubrüche werden offensichtlich. Es sind demokratische Verkehrsformen, irritierende Fragen, Verwicklung in Widersprüche usw., die Weltbilder ins Wanken bringen und Eigenlegitimationen infrage stellen, sie gewissermaßen „zerfasern“. Wie vertragen sich von den Jugendlichen vertretene autoritative Gesellschaftsbilder mit der Rechtsstaatlichkeit und mit dem Land, in dem sie leben?

Aber auch solche Infragestellungen werden letztlich nur gelingen, wenn sie auf Basis halbwegs respektvoller Beziehungen geschehen. Ohne Akzeptanz der Jugendlichen durch die Trainer/Innen wird es keine Veränderung geben.



### Modul „Vorbereitung auf Entlassung und die ersten Monate nach Haft“

In Absprache mit den jeweiligen Haftanstalten werden die Teilnehmer der Kurse so ausgewählt, dass der Entlassungstermin mit Abschluss des Trainings zumindest nicht mehr fern ist. Das sichert die Offerte einer möglichen (Nach)Betreuung und unterstützt das Ziel, die Erinnerung an Erlerntes auch dann wachzuhalten, wenn die Teilnehmer und Insassen die Haftanstalt verlassen haben.

Gegenstand dieses Moduls sind die ersten Wochen und Monate nach Rück- und Heimkehr an den Herkunftsort. Welche behördlichen Aufgaben gilt es anzugehen? Wie soll der Alltag funktionieren? Wie ist mit dem plötzlichen Potential an vielfältigen Optionen umzugehen, nachdem auf Monate und Jahre hinaus der Tagesablauf bis in Details vorgegeben war? Wie das soziale Umfeld gestalten? Wie den Kontakt zu speziellen jugendlichen Subkulturen unterbinden? Was an sozialen und hilfreichen Ressourcen aktivieren?

Es wird eine Fülle von Stresssituationen in den ersten Tagen und Wochen geben: Belastungen mit Behördengängen, mit Angehörigen und der unendlich dehnbaren freien Zeit am Anfang.

Zweierlei wird dabei zur Bewältigung entscheidend sein. Sehen die Akteure die Belastungssituationen auch emotional eher als Bedrohung oder als Herausforderung? Verfügen sie überdies über Bewältigungsstrategien, die zu ihren Möglichkeiten passen. Oder anders: Haben sie Zutrauen zu sich und ausreichende Ressourcen. Wo liegen die Risiko-, wo die Schutzfaktoren?

In diesem Modul werden entsprechende Situationen inszeniert und durchgespielt. Wo zeigen sich die Jugendlichen selber die „gelbe“ Karte? Wo droht die Situation außer Kontrolle zu geraten oder wie ist beispielsweise dem Werben alter Szene-Mitgliedern zu begegnen? Es wird dabei weniger um die sachliche Information gehen, sondern immer auch um starke Emotionen, die sich an solche Informationen binden.

Zwar kann es bei den Inszenierungen in diesem Modul nur um eine Art „Trockentraining“ für Risikosituationen gehen. Im Vordergrund steht das (erste) Durchspielen von Verhaltensoptionen mit Blick auf Entschleunigung dessen, was normalerweise binnen Sekundenfrist passieren würde: Verlangsamung als Krisenmanagement.

### Modul „Angehörigen-Tage – Ansprache/Einbindung von Ankerpersonen und Angehörigen“

Die Jugendlichen haben in der Regel bei allen Schwierigkeiten noch einen engen Bezug zu (einzelnen) Familienmitgliedern. Oft gibt es auch nur wenig Alternativen.

Andererseits werden Schwierigkeiten im gegenseitigen Umgang verschwiegen und ausgespart. Insbesondere betroffen davon sind Vater-Sohn-Beziehungen.

Die Hoffnungen sind groß, dass ein geläuterter Sohn die Anstalt wieder verlässt. Die Hoffnungen sind aber trügerisch, wenn die Rückkehr und Wiedereingliederung nicht bereits in Haft beginnt. Eingerichtet werden deshalb – begleitend zum Kurs – so genannte Angehörigen-Tage. Inhaltlich wird damit

begonnen, zunächst einmal Erwartungen zu formulieren, Kommunikationswege – sei es nur über „Dritte“ – zu ebnen und mit Einwilligung der Jugendlichen über das Geschehen im Training zu informieren.

Die Hemmnisse sind zu Beginn groß. Wieweit sind Familiensysteme zur Öffnung bereit?

Umgekehrt stellt sich für die Pädagogen/innen das Problem, die Angehörigen nicht abzuwerten und mehr oder weniger versteckte Schuldzuweisungen zu betreiben.

Angehörige erwarten häufig „geheilte“ Jugendliche (s.o.). Entsprechend lasten gewaltige Illusionen hinsichtlich dessen, was an Veränderungen erwartet werden kann, auf allen Schültern; zumal der Leidensdruck häufig wieder einsetzt, wenn der entlassene Sprössling erneut „daheim“ ist.

Gerade die Zeit der „Annäherung“ an die Angehörigen noch während der Haftzeit ist der Ort, an dem sie – bei aller Problematik – als Partner angesprochen werden wollen.

Partnerschaft heißt aber auch, die Verantwortung für den weiteren Prozess bei ihnen zu lassen und schon frühzeitig auf „Illusions-Bruchstellen“ hinzuweisen. Gezielt soll und muss der Blick auf „kleine“ Erfolge und Fortschritte gelenkt werden. Dabei gilt es, sie konsequent zu begleiten.

Das verlangt auch Bescheidenheit bei den jeweiligen Pädagogen/innen in ihrer eigenen Zielsetzung.

Eltern zu ihrer Erziehungsverantwortung zu animieren, sie gar selber erziehen zu wollen, wäre angesichts des jugendlichen Alters an der Grenze zum Erwachsensein wohl etwas viel verlangt und würde alle Seiten überfordern.

Kurzum:

Die Betreuung kann und muss Kommunikationsprozesse begleiten oder Kommunikation wieder in Gang bringen und vorsichtig in Erfahrung bringen, wie tragfähig Beziehungen sein können. Sie kann vor übersteigerten Erwartungen warnen und die wechselseitigen Ansprüche klären.

Ein Verständnis des Programms in Haft als umfassenden Reparaturbetrieb aus Sicht der Angehörigen wäre zum Scheitern verurteilt. Es entspricht dem Prinzip von Delegation und Zuschreibung, das die Verantwortung erneut (nur) bei anderen ablegt.

Die Betreuung in Bezug auf die Angehörigen kann dabei helfen, mit den Risiken des Alltagsgeschäfts im unmittelbaren Miteinander stressfreier umzugehen. Dazu zählen auch etliche Konflikte, die sich am Umgang miteinander entzünden. Gerade bei Streitigkeiten geht es darum, aus den sich ständig reproduzierenden Kreisläufen herauszutreten und alternative Lösungen parat zu haben.

Es geht letztlich – vergleichbar mit der Haltung gegenüber den Jugendlichen – in der Ansprache der Angehörigen um das Werben für gegenseitigen Respekt und damit um die Betonung von Eigenverantwortung.

Jugendliche oder Jungerwachsene benötigen nach der Haftentlassung zumindest einen Ort, der – wenn schon nicht freudvolle Anerkennung – doch zumindest so etwas wie Zugehörigkeit vermittelt und Strukturen bietet.

### **Die Betreuung / das Übergangsmanagement nach Haftentlassung**

Im Anschluss an das Training wird im Sinne eines **Übergangsmanagements** ein Stabilisierungscoaching nach Entlassung aus der Haft angeboten. Es kann bis zu einem Jahr dauern. Eingebunden sind darin auch die bereits erwähnten „Ankerpersonen“ und Angehörigensysteme sowie gegebenenfalls die Community. D. h. es werden in Abstimmung mit den Jugendlichen Personen angesprochen, die für ihren weiteren Werdegang eine nicht unbedeutende Rolle im Sinne eines „positiven sozialen Kapitals“ inne haben (könnten).

Perspektivisch gehören dazu – neben Angehörigen – auch Außenstehende, etwa Funktionsträger in der Gemeinde oder möglicherweise Verantwortliche in Sportvereinen; eine nicht unbedeutende Ressource und Sozialisationsagentur gerade für junge Menschen.

### **Selbstverständnis der Betreuung**

Die Betreuung ist ein freiwilliger Akt des Jugendlichen, mithin kein Bestandteil einer Bewährungsaufgabe. Die Akteure der Betreuung sind die gleichen Personen, die bereits in Haft das Training realisiert haben. Es kommt zu keinen Beziehungsabbrüchen.

Voraussetzung für die Betreuung ist jedoch ein Kontrakt, der zwischen Betreuer und betreuten Personen geschlossen wird. Dieser Kontrakt sieht beiderseitige Absprachen zur Einhaltung vor.

Inhalt der Betreuung ist die Unterstützung einer erfolgreichen Re-Integration. Sie beinhaltet u. a.

- die Vorbereitung auf Gefährdungssituationen,
- die Möglichkeit jederzeit mit der Betreuung Kontakt aufnehmen zu können,
- (anfängliche) sozialpädagogische Hilfen bei behördlichen Problemen,
- die Zusammenarbeit mit dem personellen Umfeld der entlassenen Jugendlichen sowie
- den Kontakt mit der Bewährungshilfe.

Die Betreuer/innen kennen die Entlassenen. Sie wissen um ihre Potentiale wie Gefährdungen. Sie sind gewissermaßen die personelle Erinnerung an das, was im Training während der Haftzeit erarbeitet wurde. Sie haben eine realistische Problemsicht und einen Blick für möglicherweise wieder einsetzende wechselseitige Abwertungen zwischen Entlassenen und Angehörigen.

### **Noch ein Wort zur Bedeutung der Trainer/innen**

Die im Programm tätigen Trainer/innen verfügen über langjährige Berufspraxis in der Thematik und mit der Zielgruppe. Das von den Trainer/innen verkörperte Menschenbild, ihr Zugang, ihre Haltung, ihr Selbstreflektionsvermögen und die Gestaltung von (professionellen) Beziehungen ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den Erfolg des Programm. Insofern gibt

es eine umfangreiche Begleitung zum Qualifikationserhalt und zur Weiterentwicklung des Personals (Supervision, Intervision, Fortbildungen und regelmäßiger Austausch).

Zur Umsetzung des Programms werden zudem fortlaufend Pädagogen/innen und Trainer/innen qualifiziert. Die Qualifizierung folgt dem dualen Prinzip. D. h. eine externe Qualifizierung wird von Praktika in der Arbeit direkt vor Ort begleitet.

Die bisherigen Praxiserfahrungen und Evaluationsergebnisse zeigen eine hohe Akzeptanz dieses Ansatzes beim Klientel und eine deutliche Reduzierung der Rückfallquote von Gewalthandlungen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit

# Jan Buschbom

## Anmerkungen zum Rechtsextremismus in Berlin unter Würdigung des Autonomen Nationalismus als Herausforderung der pädagogischen Praxis

Die folgenden Ausführungen wollen keinen strukturellen Überblick über unser Thema geben, der auch nur annähernd Vollständigkeit für sich beanspruchen kann.<sup>1</sup> Zu diesem Zwecke sei bspw. an die Publikationen der Abteilung für Verfassungsschutz bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport verwiesen. Darüber hinaus stehen uns mit den Kolleginnen vom Polizeilichen Staatsschutz sowie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) kompetente Gesprächspartnerinnen für die Diskussion zur Seite, die uns Auskunft über das strukturelle Wie und Was unseres Gesprächsgegenstandes geben können.

Vielmehr möchte ich in einem ersten Schritt kurz auf einige jüngere Zahlen hinweisen, die geeignet sind, jene Phänomene, die man als „Rechtsextremismus in Berlin“ bezeichnen könnte, und ihre gesellschaftliche Rahmung zu charakterisieren. Das geschieht in der Hoffnung, ein Schlaglicht auf die Ausgangslagen und gesellschaftlichen Bedingungen pädagogischer Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten oder beeinflussten Jugendlichen in Berlin werfen zu können.

Zweitens möchte ich einige Überlegungen zu jenen Milieus des jugendlichen Rechtsextremismus anschließen, die sich selbst zunächst als „Autonome Nationalisten“ (AN) bezeichneten und sich gegenwärtig vermehrt „Nationale Sozialisten“ nennen. Wir haben es hier nach meiner Überzeugung mit einem sich vehement modernisierenden jugendlichen Rechtsextremismus zu tun, dessen Auftauchen etwa seit dem Jahr 2002 Folgen für die pädagogische Praxis hat.

Rechtsextreme Szenen in Berlin rekrutieren sich aus recht unterschiedlichen Milieus.

An der Schnittstelle zwischen organisierter Kriminalität und organisiertem Rechtsextremismus operiert beispielsweise der Motorradclub (MC) Bandidos mit Clubhäusern in der Reinickendorfer Residenzstraße und in der Provinzstraße an der Grenze zwischen den Bezirken Reinickendorf, Pankow und Wedding. Gute Verbindungen unterhalten die Rocker von den Bandidos zu Mitgliedern des Vandalen MC, der bereits vor der Wende in Ost-Berlin gegründet wurde und der später eine der bedeutendsten Keimzellen des jugendkulturellen Nachwende-Neonazismus in Berlin wurde.

Mitglieder der Bands Landser, Macht und Ehre und Spreegeschwader entstammen dem Vandalen-Umfeld. Als in 2003 der Band Landser vor dem Berliner Kammergericht der Prozess u. a. wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gemacht wurde, begleiteten Mitglieder des Bandidos MC den Hauptangeklagten Sänger Michael Regener zu und von den Gerichtsterminen als Bodyguards.<sup>2</sup> In der interessierten Bevölkerung wirksam ist der ansonsten exklusiv-elitäre Bandidos MC über seine Vorfeldorganisationen, in Berlin beispielsweise die Nor-

dische Bruderschaft.<sup>3</sup> Ebenfalls in der Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Subkultur dürften auch andere in Berlin ansässige MCs anzutreffen sein.

Eine weitere bedeutende Rolle für die Rekrutierung rechtsextremen Nachwuchses spielen in Berlin Fußballfan- und Hooliganmilieus. Es sind vor allem der Hertha BSC, der BFC Dynamo und der FC Union, die mit Gruppen von rassistischen und zugleich gewaltbereiten Fans auffallen. Im Dezember 2005 berichtete Innensenator Körting, dass 150 aktenkundige Rechtsextremisten regelmäßig bei Fußballspielen auffallen, darunter Mitglieder des organisierten Neonazismus und des Autonomen Nationalismus. Zu je einem Drittel verteilen sich die Personen über die Fanblöcke des Hertha BSC, des BFC Dynamo und des FC Union. „Die Schnittmenge ist Ausländerfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft“, sagte Körting.<sup>4</sup> In einem Interview mit dem Magazin „Rund“ bestätigte der ehemalige hochrangige Funktionär des neonazistischen Kameradschaftszusammenschlusses Märkischer Heimatschutz<sup>5</sup>, Gabriel Landgraf, diese Einschätzung:

*„Wir haben schwarze Spieler mit Bananen beworfen und gerufen: ‚Mach den Neger kalt.‘ Der Schiri wurde als Judensau beschimpft. Und im Stadion oder in der S-Bahn haben Hunderte im Chor ‚Sieg Heil‘ gebrüllt. Eigentlich war es verboten den rechten Arm zu heben, aber bei den Spielen in der 2. Bundesliga hatten wir Narrenfreiheit. Heute sind die Kontrollen in den Bundesligen besser. Aber in den unteren Klassen sind Gesänge wie ‚Eine U-Bahn bauen wir, von St. Pauli bis nach Auschwitz, eine U-Bahn bauen wir‘ normal.“<sup>6</sup>*

Landgrafs eigener Radikalisierungsweg begann im Umfeld des Hertha BSC. Hier hörte er erstmalig rechtsextreme Äußerungen. Weiter führte sein Radikalisierungsweg über Gewöhnung an die Anwesenheit offen auftretender Neonazis und schließlich zur intensiven Auseinandersetzung mit rechtsextremen Weltbildern:

*„Zunächst faszinierte mich nur der Fußball, dann hat es sich immer weiter in die rechtsradikale Richtung entwickelt. Ich weiß noch, damals sagte ich zu meiner Mutter mal, dass ich mich beim Fußball wohler als Zuhause fühle.“*

[...]

*Über den Fußball entstanden die Kontakte zur organisierten Szene. Dann habe ich mich persönlich mehr mit dem Thema Nationalsozialismus beschäftigt und schließlich etwa in den Jahren 1999, 2000 beschlossen, selbst aktiv zuarbeiten.“<sup>7</sup>*

Organisierte Neonazis bewegen sich durchaus offen in den Fanblöcken insbesondere des BFC Dynamo, so Landgraf. Fußball diene als Schnittstelle zwischen organisiertem Neonazismus und NPD, über die rechtsextremer Nachwuchs rekrutiert werde. Erklärtes Ziel sei es, „in die Mitte der Gesellschaft zu gelangen.“

Wenn in jüngerer Zeit verschiedene Studien feststellen, die Bewohner der neuen Bundesländer seien „insgesamt deutlich fremdenfeindlicher eingestellt als die interviewten Personen in den alten Bundesländern“<sup>8</sup>, dann muss man davon ausgehen, dass dieser „Extremismus der Mitte“ v. a. in bestimmten jugendlichen Milieus im Berliner Osten auf besonders großen Resonanzboden fällt. Die Berliner Forscher Richard Stöss und Oskar Niedermayer kommen in ihrer jüngsten Befragung von 2.000 Personen aus Berlin und Brandenburg zu dem Ergebnis, dass „gemessen mit der ‚alten‘ bzw. ‚weichen‘ Rechts-Extremismus-Skala [...], derzeit 14 Prozent der Berliner und 25 Prozent der Brandenburger rechtsextrem eingestellt“ sind. Die Ostberliner Bevölkerung denke „anderthalb Mal so häufig rechtsextrem [...] wie die Westberliner (12% zu 17%)“.<sup>9</sup> Seit dem Jahr 2000 ist laut Ausweis der Studie in Berlin wie in Brandenburg ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, in Berlin-Ost von 13 % auf 17 %.<sup>10</sup> Mit 25 % sind rechtsextreme Einstellungspotentiale am häufigsten in der Personengruppe anzutreffen, die bis einschließlich 1973 in der DDR geboren wurden („Generation DDR“), gefolgt von der „gesamtdeutschen Generation“ (15 %) und der „Generation BRD“ (13 %).<sup>11</sup> Rechtsextreme Einstellungen sind in Berlin ein „Unterschichtphänomen“, hingegen überrascht es doch, wenn die Berliner Forscher zu dem Ergebnis kommen, dass „die Unterschicht-Frauen in Berlin etwas anfälliger für Rechtsextremismus als die Unterschicht-Männer sind (20 % zu 17%)“.<sup>12</sup> Weniger überraschend als das geschlechtsspezifische Ergebnis fällt der Blick auf die Motive für rechtsextreme Einstellungen aus: „Ursächlich für die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen ist nicht nur ein geringer sozialer Status, sondern auch Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen.“<sup>13</sup> Dazu zählt laut Stöss und Niedermayer das Empfinden, dass die Gesellschaft ungerecht sei, Benachteiligungsgefühle allgemein, und im Besonderen äußert sich überdurchschnittlich häufig rechtsextrem, „wer sich als Verlierer der Wiedervereinigung sieht.“

Angesichts der jüngeren Daten, die rechtsextreme Einstellungen stärker in den Gebieten der ehemaligen DDR nachweisen, nimmt es nicht Wunder, wenn eine Analyse des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz zu dem Ergebnis kommt, dass während des Untersuchungszeitraumes 2003 bis 2006 ein großer Teil rechtsextrem motivierter Gewalt in östlichen Stadtbezirken verübt wurde.<sup>14</sup> Allerdings verteilen sich die Tatorte nicht gleichmäßig über die betroffenen Bezirke, sondern konzentrieren sich wiederum in einzelnen Ortsteilen. 71 % der Tatverdächtigen waren zwischen 15 und 24 Jahre alt. Man darf daher annehmen, dass die Beobachtungen linker Jugendlicher, die in den letzten Jahren verstärkt Opfer rechtsextrem motivierter Gewalt in Berlin wurden, nicht unzutreffend sind, wonach in einzelnen Ortsteilen jugendliche Milieus entstanden, in denen eine Mehrheit der Jugendlichen rechtsextremen Ideologemen (Fremdenfeindlichkeit & Rassismus, Antisemitismus, Homophobie etc.) zustimmen – und hier jugendlicher Rechtsextremismus zumindest als fragmentarisches Weltbild nicht mehr nur von einer sub- oder jugendkulturellen Minderheit getragen wird, sondern zu einem jugendlichen Mehrheitsphänomen geworden ist. Die Untersuchungen von Stöss und Niedermayer zeigen darüber hinaus wie dargestellt, dass rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen in Berlin (16 % in der Altersgruppe 14 bis 17 Jahre<sup>15</sup>) nicht unerheblich von der Altersgruppe der über 55jährigen bestätigt und bestärkt werden.<sup>16</sup>

Milieus – seien sie sub- oder jugendkulturell oder seien sie fester Bestandteil jugendlicher Lebenswirklichkeit innerhalb gesamter Sozialräume –, in denen Versatzstücke rechtsextremer Ideologien hohe Zustimmungswerte finden, sind das ideale Umfeld für den organisierten Neonazismus. Organisierte Neonazis können sich in ihnen ohne Widerspruch offen bewegen, und sie können mit einigem Recht darauf hoffen, in ihnen erfolgreich Nachwuchs zu rekrutieren.

Die sozialräumliche Perspektive griff bereits jener Text aus dem Jahr 1991 mit dem Titel „Schafft befreite Zonen!“ auf, in dem der Begriff von den „national befreiten Zonen“ geprägt wurde:

*„Wir müssen Freiräume schaffen, [...] Die Volkskämpfer brauchen Bereiche, wo sie Kraft tanken, Zuversicht und Mut schöpfen können. In einem Meer der Dunkelheit brauchen sie Orte der Helle. Befreite Zonen sind aber auch Plätze, wo die Menschen unsere Worte an unseren Taten messen können. Sie sind Mikrokosmen der Gemeinschaft, die wir für alle anstreben. Befreite Zonen in unserem Sinn sind Bereiche, wo der zentrale Widerspruch unserer Zeit, nämlich der Widerspruch Identität/Entfremdung zugunsten der Identität aufgelöst wird. Es sind Orte der Geborgenheit, des Dazugehörens, der Wärme, der Solidarität. Sie sind Heimat für die Heimatlosen. Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands.“<sup>17</sup>*

Zutreffender als die Selbsttäuschungen rechtsextremer Propaganda dürfte zwar die Beobachtung sein, nach der jene sozialräumlichen Häufungen rechtsextrem motivierter Gewalt, die von der Literatur als „Angstzonen“ bezeichnet werden, dort entstehen, „wo Phänomene jugendlicher Devianz und Verwahrlosung auf ein bedauerliches Vakuum zivilgesellschaftlicher Mentalität und eine mangelnde Verankerung rechtsstaatlicher Institutionen in der Bevölkerung treffen.“<sup>18</sup> Dennoch sei darauf verwiesen, dass Verrohung und Gewaltbereitschaft, wie sie vom Berliner Verfassungsschutz in manchen Ostberliner Ortsteilen verstärkt beschrieben werden, einerseits mit zunehmender Verfestigung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen sowie bei der Generation ihrer Großeltern in bestimmten Milieus korrespondieren und sich andererseits als Ausdruck des „Idealismus“ von „politischen Soldaten“ rechtfertigen können. In diesem Begriff vom „politischen Soldaten“ amalgamieren sich Verfolgungswahn und Gewalthaltungen zur hoch wirksamen Inszenierung jugendlichen Aufbegehrens gegen „Verjudung“, „Überfremdung“ und „Kälte“ der Gesellschaft, die schon den Nationalsozialismus der 20er Jahre befeuerte.<sup>19</sup> Vielmehr: die Anwendung vermeintlich soldatischer Tugenden auf den Alltag trägt selbst erheblich zum Teufelskreis aus Gewalthaltung, Rechtfertigung und Verrohung bei.<sup>20</sup>

Mit der Beobachtung, dass in manchen Quartieren Berlins rechtsextreme Feindbilder zu einem „Extremismus der jugendlichen Mitte“ werden<sup>21</sup>, korrespondieren Entwicklungen des organisierten Neonazismus in Berlin selbst. In den letzten Jahren verdrängte der sog. „Autonome Nationalismus“ die herkömmlichen „Kameradschaftszusammenschlüsse“ als politische Akteure beinahe vollständig, so die Beobachtung der Abteilung Verfassungsschutz bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport.<sup>22</sup> Autonome Nationalismus verabschiedet sich von den in den letzten 30 Jahren herausgebildeten



rechtsextremen Aktionsformen und Lifestyles und bedient damit „das Bedürfnis auch Jugendlicher und Junger Erwachsener mit rechtsextremen und neonazistischen Weltbildern nach einem modernisierten Lifestyle: Hier will man wie andere Altersgenossen Musik hören, die nicht schon vor 15 Jahren veraltet war, modische Kleidung tragen und nicht im Image vom Ewiggestrigen auftreten. Vielfach wird das Klischee vom ‚Stiefel-Nazi‘ und ‚Skinhead‘ abgelehnt.“<sup>23</sup> Nicht zutreffend dürfte hingegen die Einschätzung einiger Szene-Beobachter sein, die den autonomen Nationalismus als ein „provokantes, aber inhaltsloses Label“ verstehen wollen<sup>24</sup>, dessen größter gemeinsamer Nenner „jugendliche Verhaltensweisen“ seien, so der „Drang zum Kräftemessen, Revierkämpfe, Provokation und der Wunsch nach aufsehenerregenden Aktionen mit Erlebnischarakter“.<sup>25</sup> Solche Einschätzungen aus Antifa-Kreisen finden ihre Entsprechung in den Publikationen verschiedener Verfassungsschutzbehörden, die im Autonomen Nationalismus bzw. dem Nationalen Sozialismus, wie sich ein Teil des Milieus später nannte, kaum mehr als eine „militante Randerscheinung“ sehen wollten, so der Untertitel einer Broschüre des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus dem Jahr 2007.<sup>26</sup>

Derweil sich die Partei-Führung der NPD unter einigem Hin und Her in mehreren Erklärungen („Unsere Fahnen sind schwarz, unsere Blöcke nicht“) an dem sich derart modernisierenden Neonazismus abarbeitete<sup>27</sup>, sehen manche Antifa-Aktivistinnen und Verfassungsschützer in der Übernahme vermeintlich linker Aktionsformen und Inhalte kaum mehr als einen taktischen Missbrauch zur Irreführung und Täuschung der Öffentlichkeit oder der Denunziation des politischen Gegners sowie zur Gewinnung neuen Nachwuchses. So heißt es etwa in der Broschüre fight.back Nr. 3 / 2006:

„So scheint es für einige Aktivisten der Neonazi-Szene möglich zu sein, dass organisations-soziologische Modell der Autonomen in Teilen zu kopieren. Da aber die inhaltliche politische Praxis – so weit vorhanden- zwangsläufig eine andere ist, erfolgt nur eine sekundäre Politisierung. Diese dürfte kaum eine politische Nachhaltigkeit als Resultat bei den jugendlichen Aktivisten hervorbringen. Die zunehmende Entpolitisierung der Kameradschaftsszene unter dem Label ‚autonome Nationalisten‘ kann als inhaltliche Schwächung der Neonazi-Szene ausgelegt werden.“<sup>28</sup>

Und das Bundesamt für Verfassungsschutz argumentierte noch 2007:

„‘Autonome Nationalisten‘ stellen weniger eine ideologische als vielmehr eine strategisch-aktionistische Neuerung im Rechtsextremismus dar.“<sup>29</sup>

Tatsächlich gehen „Übernahme“ bzw. „Kopie“ oder „Missbrauch“ linker Inhalte und Aktionsformen in einem erheblichen Maße mit der Beschäftigung mit Theorien und Ideen einher. So zeigt bspw. die Ausgabe 13, Nr. 1 / 2005 des Fahnenträger, dem „Diskussionsforum für Nationalrevolutionäre und sozialistische Politik“, so der Untertitel der Zeitschrift, bereits auf dem Cover, in welche Richtung der Weg führt: Zu sehen ist das Foto einer im autonomen Stil ganz in Schwarz gehüllten und vermummten Figur mit einem umgekehrten Star-Spangled Banner in den Händen, um die Feindschaft zu den USA zum Ausdruck zu bringen. Betitelt ist das Heft mit den beiden

Schriftzügen „Revolte wider dem Kapitalismus“ (sic!) und „Nieder mit dem Westen“. Das Vorwort des Heftes propagiert einen „Dritten Weg“ „jenseits von Kapitalismus und Kommunismus“<sup>30</sup>, der auf ein großes weltanschauliches Spektrum der extremen Rechten Bezug nehmen kann.

So finden sich bspw. in dem bereits erwähnten Heft Fahnenträger Nr. 1 / 2005, H. 13, u. a. eine nationalrevolutionäre „Standortbestimmung“<sup>31</sup> eines Autors mit einem Pseudonym, das sich auf das Umfeld des revolutionären Nationalsozialisten Otto Strasser bezieht<sup>32</sup>; weiters „Gedanken zur nationalen Revolution“ des rechtsextremen Publizisten Jürgen Schwab<sup>33</sup>; ein Text zur doppelten Staatsbürgerschaft, der sich von Rassismus distanzier, aber die Vielfalt von „Rassen“ und „Völkern“ bejaht<sup>34</sup>; ein Text, der sich mit Kapitalismuskritik jenseits von „links“ und „rechts“ für ein „syndikalistisches Modell“ ausspricht und für den ein Autor mit dem Pseudonym des spanischen Philosophen José Ortega y Gasset zeichnet<sup>35</sup>; ein Interview mit dem „Initiator“ des Regin Verlages, in dem u. a. das neurechte Junge Forum erscheint<sup>36</sup>; ein Text über den „Freiheitskampf in Mexiko“<sup>37</sup>; sowie mit „Die Antwort des Neuen Nationalismus“ von Michael Meinrad einer der Schlüsseltexthe der Aktion Neue Rechte von 1972 als Teil 2 einer als dreiteilig angelegten Reihe.<sup>38</sup> Der dritte und letzte Teil dieses Textes erschien in der folgenden Ausgabe Nr. 14 / 2006<sup>39</sup>; ebenfalls in Ausgabe Nr. 14 / 2006 erschien der Nachdruck des Manifests „Abschied vom Hitlerismus“ der beiden Neonazis Walter Kexel und Odfried Hepp<sup>40</sup>; der Gründungsauftrag einer Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten<sup>41</sup>; ein Interview mit einem „Arbeitskreis Revolution“<sup>42</sup>; ein Grundlagentext zum „Sozialismus in der nationalen Bewegung“<sup>43</sup> usw. usf.

Tatsächlich zeichnen beide Charakteristika – der Ruf nach Querfronten und das Interesse an der Jugend als „revolutionärem Subjekt“ –, in denen meist nur Strategie vermutet wird, seit seinen Anfangstagen in der Bundesrepublik den militanten Neonazismus geradezu ideologisch aus. Der Hamburger Neonazi Michael Kühnen dekretierte in seiner Haftzeit 1978, „Jugend ... ist der natürliche Widerspruch zum liberalkapitalistischen System!“<sup>44</sup> An anderer Stelle schreibt er:

„Wie würde diese [sic!] korrupte System zu zittern beginnen, wenn sich, nur für einen Augenblick, die gewaltigen revolutionären Ströme von rechts und links vereinten und die Besatzerknechte in Bonn, diese Handlanger fremder Interessen, in den Abgrund gerissen würden!“<sup>45</sup>

Und:

„Wie kommen diese jungen ‚Spinner‘ dazu, sich für den Nationalen Sozialismus zu begeistern? [...] Sie können es vielleicht nicht in Worte fassen, aber das ist das



Fahnenträger (Heringsdorf) Nr. 1 / 2005, A. 13.

Schlüsselwort:

HEIMAT!

Und es gibt noch ein weiteres:

HASS!

Hass auf die bürgerliche, verlogene Welt, die ihnen die Zukunft stiehlt!

Hass auf die Staatsschützer, die Sechzehnjährige durch die Straßen deutscher Großstädte jagen!

Hass auf die Feinde und Verräter, die Deutschland ausbeuten wie eine fremde Kolonie, weil sie nicht deutsch empfinden können!<sup>46</sup>

An solchen Beispielen wird das ideologische Spannungsfeld deutlich, das die besondere Brisanz des Rechtsextremismus ausmacht und ihm seine jugendkulturelle Prägnanz verleiht. Der Fokus auf der Jugend als Träger der Revolution bedeutet die radikale Zuspitzung des intergenerationellen Konflikts, der nur durch das „Absterben“ des Alten gelöst werden kann:

*„Über der Nation liegt ein Bann, den, wie es scheint, nur die vorrückende Zeit, das Absterben der immer noch verantwortlichen Generation, der Tod jedes Einzelnen, der ihr angehört, nach und nach von uns nehmen kann.“<sup>47</sup>*

Eingebettet ist dieses Denken von der „Revolution der Jugend“ in ein paranoides Weltbild, das in seinem Verfolgungswahn den „Tod jedes Einzelnen“, der der „verantwortlichen Generation“ angehört, als Lösung ideologisiert. Allgemeiner formuliert werden ablehnende Haltungen, wie sie bei Jugendlichen stark verbreitet sind, gerechtfertigt und radikalisiert. Abnabelungs- und Abgrenzungsprozesse, die zur Lebenswirklichkeit jedes jungen Menschen gehören und feste Bestandteile der Entwicklungen zu stabilen Persönlichkeiten darstellen, erscheinen gerade in ihren gewaltsamsten Erscheinungsformen als Lösung sämtlicher Probleme mit und in der Gesellschaft. Die extreme Rechte als ein Jugendphänomen zu begreifen, wirft vielleicht ein Licht auf jene etwas ratlos anmutende Definition des „Faschismus“, in der Georg Seeßlen ihn als „gelebte und organisierte Fälschung um die Abwesenheit des Menschlichen herum“ beschreibt.<sup>48</sup> Ratlos wirkt sie, wo Seeßlen versucht, „das, was fehlt“, zu bezeichnen:

*„An die Stelle dessen, was fehlt (und dieses Fehlen zu bezeichnen, kann nur ins Widersprüchliche führen; es mag das Projekt einer inneren Landschaft sein: die Seele), tritt die Inszenierung, wie an die Stelle der Erkenntnis die Überzeugung getreten ist.“<sup>49</sup>*

Aus der lebensgeschichtlichen Perspektive könnte man vielleicht sagen, dass, was fehlt, der Abschluss auf dem Weg zur Persönlichkeitsbildung ist; an die Stelle von Persönlichkeit tritt die Inszenierung dessen, was für Persönlichkeit gehalten wird. Hier greift rechtsextreme Ideologie mit ihren grotesk zirkulären Welterklärungen ein. An Stelle mühevoller und gelegentlich schmerzhafter Erkenntnisprozesse bietet sie derart „unfertigen“ Persönlichkeiten Überzeugung. Rechtsextreme Ideologie setzt sich jedoch nicht einfach an die Stelle von Persönlichkeitsbildung in dem Sinne, dass sie eine Leerstelle ausfüllt; sie ersetzt sie vielmehr, d. h. verhindert sie, indem sie an die Stelle von Eigenverantwortlichkeit und Erkenntnisprozessen u. a. Feindbilder und Führerprinzip setzt. Auch das Element der Inszenierung ist ein typisch jugendliches, das fest in die Lebenswirklichkeit von jungen Menschen gehört: schließlich stellt die Inszenierung ein wesentliches Mittel dar, Persönlich-

keitsentwürfe auf ihre Tauglichkeit für die eigene Identitätsbildung spielerisch auszuprobieren. Jugendkulturen können in weiten Teilen als Inszenierung von Devianz und Abgrenzung gegen die erwachsene Welt gelesen werden. Auch hier bedient Rechtsextremismus also jugendliche Bedürfnisse. Nicht nur wird Jugend ideologisch ins Zentrum genommen, wo sie vor die Alternative gestellt ist, entweder „Bauherr eines neuen völkischen Staates“ oder „letzter Zeuge“ des Untergangs zu sein (Hitler).<sup>50</sup> Vielmehr bedient dieses sich derart äußernde apokalyptische Pathos ein genuin jugendliches Bedürfnis nach Inszenierung von Bedeutsamkeit – Bedeutsamkeit nämlich, wie sie von Hans Blumenberg in ihrer Funktionalität für das mythische Denken beschrieben wurde:

*„Man kann fragen, welches die Wirkungsmittel sind, mit denen die Bedeutsamkeit ‚arbeitet‘, mit denen an der Bedeutsamkeit gearbeitet wird. Wenn ich aufzähle, so nicht mit dem Anspruch auf Vollständigkeit. Aber einige lassen sich für alle, auch für die weniger verbreiteten und erfolgreichen, nennen: Gleichzeitigkeit<sup>51</sup>, latente Identität<sup>52</sup>, Kreisschlüssigkeit, Wiederkehr des Gleichen, Reziprozität von Widerstand und Daseinssteigerung, Isolierung des Realitätsgrades bis zur Ausschließlichkeit gegen jede konkurrierende Realität.“<sup>53</sup>*

Aus der Wirksamkeit der genannten Phänomene ergibt sich die relative Wehrlosigkeit von Jugendkulturen rechtsextremen Überzeugungen gegenüber, die sich mit besonderer Schärfe dort beobachten lässt, wo Jugendkulturen allgemein als ausgesprochen „nicht-rechtsextrem“ wahrgenommen werden, etwa im HipHop.<sup>54</sup> So missverstanden die Mitglieder der Rap Crew Dissau Crime das Wesen des Rechtsextremismus vollständig, als sie Kritikern entgegneten, die ihnen neonazistische und antisemitische Äußerungen vorgehalten hatten, es könne sich bei ihnen gar nicht um Nazis halten, weil Hip Hop und Rap „nicht arische Musik“ sei. Außerdem befänden sich auch „Schwarze“ und „Russen“ in der Crew.<sup>55</sup> Diese Form des Denkens vom Rechtsextremismus, das ihn stets ausschließlich als Problem anderer „Szenen“ wahrnimmt, und die eigene Szene als immun verstanden wissen will, ist unter jugendkulturellen Jugendlichen weit verbreitet. Zur Illustration: Dissau Crime hatten u. a. gerappt:

*„Ich schieße mit der Flak auf das ganze Judenpack, Zack - zerrwische ich die Drecks-gesellschaft“<sup>56</sup>*

Neonazis wie Axel Reitz von der Querfront-Organisation Kampfbund deutscher Sozialisten wissen um diese „Wehrlosigkeit“. In einem damals führenden Forum des Autonomen Nationalismus schrieb Reitz 2004, der Nationalsozialismus sei „in den diversen Jugendszenen ein Stück Alltagskultur, es [sei] keine Selteneit [sic!] mehr in alternativen Szenen Menschen zu finden, die entweder Nationalsozialisten sind oder aber unseren Ideen neutral bis positiv gegenüber stehen.“ Der Moderator des Forums pflichtete bei, der Nationalsozialismus würde salonfähig; es entstehe ein „ein Klima in dem der Nationalsozialismus etwas Natürliches ist.“<sup>57</sup>

Indem sie geeignet sind, die Vorstellung zu verfestigen, Neonazis würde „Szenen“ unterwandern und missbrauchen, und damit jene Vorstellung, die Rechtsextremismus als Problem externalisiert, steigern solche öffentlichen Äußerungen bekannter Neonazis freilich die jugendkulturelle Wehrlosigkeit

noch – zumindest wenn man unterstellt, dass erfolgreiche Immunisierung gerade bei Jugendlichen gelingen kann, die wissen, dass man auch ohne ein „Nazi zu sein“ wie ein „Nazi“ denken und reden kann. Bei Jugendlichen also, die um den ideologischen Charakter des Rechtsextremismus wissen.

## Fazit

Rechtsextremismus in Berlin ist in stärkerem Maße ein Problem in den östlichen Stadtbezirken, denn in den westlichen; er dürfte seinen Erscheinungen nach – im Unterschied zu den in der Bevölkerung vertretenen Einstellungen – in seiner Mehrheit ein jugendliches Phänomen sein, von dem man annehmen muss, dass es in manchen Ostberliner Quartieren dominant geworden ist. Begleitet werden die verschiedenen Erscheinungsformen von relativ hohen Zustimmungswerten zu rechtsextremen Positionen innerhalb der Berliner „Unterschicht“ (Stöss / Niedermayer) und insbesondere jener Personengruppen, die vor 1973 in der DDR geboren wurden. Dabei sollte die Bedeutung der Frauen, insbesondere der Mütter und Großmütter, bei der Verbreitung und Bestätigung rechtsextremer Meinungsbilder nicht unterschätzt werden. Zugleich kommt etwa seit dem Jahr 2002 in Berlin verstärkt der sog. Autonome Nationalismus auf, der im Bereich des jugendlichen Neonazismus dominant geworden sein dürfte. Er ist zweifellos Ausdruck jugendlicher Bedürfnisse nach einem deutlich modernisierten rechtsextremen Lifestyle; ihn hingegen als inhaltslose Aktionsform zu deuten, geht freilich an seinem ideologischen Kern vorbei. Vielmehr missverstehen solche Interpretationen den ideologischen Charakter des Rechtsextremismus insgesamt.

Zweifelloso ist Beobachtungen zuzustimmen, die den anlassbezogenen Charakter von Aktionen des Autonomen Nationalismus betonen. Dass er daher gerade in seiner Eventartigkeit hohe Attraktivität auf manche Jugendliche ausüben dürfte. Und dass darüber hinaus seine Strukturen durchlässiger sind, dass also etwa die Erreichbarkeit von Kadern gegenüber den herkömmlichen Kameradschaftsstrukturen für den „normalen“ Jugendlichen deutlich erleichtert ist. Zugleich muss man aber gerade in den Kernstrukturen des Autonomen Nationalismus mit einem deutlich höheren Ideologisierungsgang rechnen, mit größerer Radikalität und gestiegener Militanz.

## Endnoten

- Erweiterte Fassung eines Vortrags, gehalten auf der Fachtagung „Praktische Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“ des Violence Prevention Network in Berlin am 18. und 19.12.2008.
- Nach eigenen Beobachtungen, J. B.
- Auch jüngere Presseberichte belegen die großen Berührungspunkte zwischen dem Bandidos MC und seinem Umfeld und dem organisierten Neonazismus. So berichtete bspw. die Berliner Morgenpost vom 24. Februar 2008 über ein Lokal in der Wollankstraße (Pankow): „Dieses diene ‚seit einigen Monaten als Treffpunkt von Neonazis, darunter bekannte Aktivisten der lokalen NPD‘, heißt es in einer Mitteilung einer Antifa-Gruppe namens EAG. Im Umfeld sei es zu ‚massiven neonazistischen Propagandaaktionen‘ durch das Anbringen von Aufklebern gekommen. Die Kneipe habe Verbindung zum kriminellen Milieu der Rocker. In ihr sollen Mitglieder einer Gruppierung namens ‚Nordische Bruderschaft‘ verkehren.“
- Tagesspiegel, 2.12.2005: Immer mehr Hooligans prügeln gemeinsam mit Nazis.
- Der Märkische Heimatschutz löste sich im November 2006 selbst auf und kam damit einem Vereinsverbot zuvor.
- Rund #19 / Februar 2007.
- Rund #19 / Februar 2007.
- Christian Babka von Gostomski u. a.: Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland (in: W. Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt / Main 2007, S. 102 – 128). S. 106. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen: Oliver Decker, Elmar Brähler: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin 2006.
- Richard Stöss, Oskar Niedermayer: Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000 – 2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008. Handout für die Pressekonferenz der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin am 25. September 2008, S. 13.
- Richard Stöss, Oskar Niedermayer: Rechtsextreme Einstellungen. A. a. O. S. 15.
- Richard Stöss, Oskar Niedermayer: Rechtsextreme Einstellungen. A. a. O. S. 15.
- Richard Stöss, Oskar Niedermayer: Rechtsextreme Einstellungen. A. a. O. S. 16f.
- Richard Stöss, Oskar Niedermayer: Rechtsextreme Einstellungen. A. a. O. S. 17.
- 233 (ca. 78 %) von 300 Tatorten liegen in den Bezirken Lichtenberg, Pankow, Trepow-Köpenick, Mitte, Ortsteil Friedrichshagen des Bezirkes Friedrichshagen-Kreuzberg und Marzahn-Hellersdorf; vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Rechte Gewalt in Berlin. 2003 bis 2006 (= Studienreihe Im Fokus). Berlin 2007, S. 21.
- Richard Stöss, Oskar Niedermayer: Rechtsextreme Einstellungen. A. a. O. Tab. 5, S. 32.
- Richard Stöss, Oskar Niedermayer: Rechtsextreme Einstellungen. A. a. O. Tab. 5, S. 32; 19 % Zustimmungswerte in der Altersgruppe der 55 bis 64 Jahre; 14 % bei den 65 bis 74jährigen.
- <http://www.zundelsite.org/german/artikel/tiefe.001.html>; eingesehen am 25.06.08. Zum Hintergrund und Verlauf der rechtsextremen Diskussion um „befreite Zonen“ vgl. bspw. Uta Döhring: Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. Wiesbaden 2008, S. 51ff.
- National befreite Zonen (auf: Glossar „Rechtsextremismus“. Homepage „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“ bei der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/glossar/>); [http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/glossar/national\\_befreite\\_zonen.html](http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/glossar/national_befreite_zonen.html); eingesehen am 3.12.08.
- Vgl. Jan Buschbom: „Nur Soldat!“ Strafverfolgung in rechtsextremer Propaganda, Wirkungen von Ideologie & Möglichkeiten präventiver Intervention bei jugendlichen Gewaltstraf Tätern. [http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/pdf/nur\\_soldat.pdf](http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/pdf/nur_soldat.pdf); eingesehen am 10.12.08.
- Jan Buschbom: Die Toten und die Lebenden. Das „Heldengedenken“ in Halbe und Seelow. Eine Nachbetrachtung 2006, <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/pdf/Gedenkrituale.pdf>; eingesehen am 10.12.08.
- Als Indiz hierfür mag auch folgende Beobachtung gelten: „Bei 50 % der Tatverdächtigen rechter Gewalttaten liegen keine Erkenntnisse über rechtsextremistische Zusammenhänge vor“ (Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Rechte Gewalt in Berlin. A. a. O. S. 55).
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2006. Berlin 2007, S. 37.
- Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: Autonome Nationalismus (in: Glossar „Rechtsextremismus“. <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/glossar/auto.htm>).
- So in der Antifa-Broschüre fight.back Nr. 3 / 2006, S. 3. Ähnlich urteilte das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): „Autonome Nationalisten“. Eine militante Randerscheinung. Köln 2007, S. 7).
- fight.back Nr. 3 / 2006, S. 4.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): „Autonome Nationalisten“. Eine militante Randerscheinung. Köln 2007.
- Vom 15.08.07 ([http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad\\_id=9&cmsint\\_id=1&detail=923](http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=923); eingesehen am 10.01.08), vom 10.09.07 ([http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad\\_id=25&cmsint\\_id=1&detail=946](http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=25&cmsint_id=1&detail=946); eingesehen am 10.01.08) sowie in einer Rede Udo Voigts auf dem Bundesparteitag der NPD am 24. und 25. Mai 2008 (Vgl. bspw. das Interview mit dem Verfassungsschutzpräsidenten Heinz Fromm. Tagesspiegel vom 31.05.08).
- fight.back Nr. 3 / 2006, S. 5; Diktion und Orthographie im Original.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): „Autonome Nationalisten“. Eine militante Randerscheinung. Köln 2007, S. 7.
- Fahnenträger Nr. 1 / 2005, A. 13, S. 2.
- Fahnenträger Nr. 1 / 2005, A. 13, S. 4 – 6.
- Richard Schapke. Vgl. hierzu: Richard Schapke: Die schwarze Front. Von den Zielen und Aufgaben und vom Kampfe der Deutschen Revolution. Vorwort von Dr. O. Strasser. Leipzig 1932.
- Fahnenträger Nr. 1 / 2005, A. 13, S. 6 – 8.
- Fahnenträger Nr. 1 / 2005, A. 13, S. 9.
- Fahnenträger Nr. 1 / 2005, A. 13, (= Dritte Front; Heft im Heft, S. 1).
- Fahnenträger Nr. 1 / 2005, A. 13, S. 15 – 17.
- Fahnenträger Nr. 1 / 2005, A. 13, S. 17 – 19.
- Fahnenträger Nr. 1 / 2005, A. 13, S. 20 – 22.
- Fahnenträger A. 14 / 2006, S. 24 – 29.
- Fahnenträger A. 14 / 2006, S. 30 – 31.
- Fahnenträger A. 14 / 2006, S. 22 – 23.
- Fahnenträger A. 14 / 2006, S. 14.
- Fahnenträger A. 14 / 2006, S. 7 – 11.
- Michael Kühnen: Die Zweite Revolution. Band I: Glaube und Kampf. Vorwort von Christian Worch. O. A. S. 50.
- Michael Kühnen: Die Zweite Revolution. Band I. A. a. O. 4.
- Michael Kühnen: Die Zweite Revolution. Band I. A. a. O. S. 5f.
- Arthur Moeller van den Bruck: Das dritte Reich. Berlin 1923, S. 6.
- Georg Seefflen: Tanz den Adolf Hitler. (= Faschismus in der populären Kultur Bd. 1). Berlin(2) 2001, S. 40.
- Georg Seefflen: Tanz den Adolf Hitler. (= Faschismus in der populären Kultur Bd. 1). Berlin(2) 2001, S. 40.
- Adolf Hitler: Mein Kampf. München(851 – 855) 1943, S. 450.
- Gleichzeitigkeit: zwei zufällig sich gleichzeitig ereignende Begebenheiten verstärken einander in ihrer Bedeutung für die Menschen.
- Latente Identität: verstanden als (gebrochene) Identität mit der mythischen Urform als Ergebnis eines sinnstiftenden Kreisschlusses. Wenn Ereignisse sich bspw. auch nach großen Zeitspannen scheinbar wiederholen und sowohl Willkür als auch Kontingenz ausgeschlossen werden können, dann unterstellt mythisches Denken, dass die (latente) Identität mit der mythischen Urform wirksam ist.
- Hans Blumenberg: Arbeit am Mythos. Frankfurt / M. 2006, S. 80.
- Vgl. bspw. Jan Buschbom: Antisemitische Tendenzen in der Musikart Rap (in: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Antisemitismus – Gleichklang zwischen den Extremen. Dokumente der Fachtagung. Eine Veranstaltung des Verfassungsschutzes m 22. November 2007 in Potsdam. Potsdam 2007, S. 31 – 40).
- <http://www.808marley.de/d-c/newz2005.html>; Stellungnahme vom 09.03.05; eingesehen am 19.04.07.
- Dissau Crime: Gestapo aus dem Osten (auf: Zyklon D. Frontalangriff. Dopest Vinyl 2003).
- Axel Reitz am 19.07.2004, 02:00 im Forum des Freien-Widerstand.net; eingesehen am 05.08.04.



# Peter Steger

## Möglichkeiten der Jugend- und Bildungsarbeit mit rechtsextremistisch beeinflussten Jugendlichen im Sportbereich

### Ausgangspositionen

Jugendsozialarbeit unter Einschluss vielfältiger Inhalte und Methoden der politischen Bildung sowie des Mediums Sport zielt auf eine Handlungsebene der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, die Kohlstruck als Ebene der sozialen Integration kennzeichnet (in Unterscheidung zur Ebene der symbolischen Politik und zur Handlungsebene der Behörden der inneren Sicherheit). Der Ansatz sozialer Integration schließt auch in Bezug auf rechtsextrem orientierte Jugendliche jede Strategie der Ausgrenzung, Dramatisierung und Skandalisierung rechtsextremer Phänomene besonders bei Kindern und Jugendlichen im Entwicklungsprozess aus. Belehrungen und vor allem auf ideologische Kampfstellungen konzentrierte Konzepte sind die ungeeignetsten Mittel, um rechtsextreme Jugendliche zu gewinnen, Vertrauen aufzubauen und mit Einfühlungsvermögen darauf Einfluss zu nehmen, dass ihr Leben, Lernen, Arbeiten und die Gestaltung ihrer Beziehungen immer besser gelingen. Gewalt- und Straffreiheit, Abbau von Hass, Vorurteilen und Intoleranz sowie ein wachsendes Selbstbewusstsein sind zentrale Ziele der Jugendsozialarbeit mit dieser Klientel.

In komplexen Gesellschaften verlaufen vielfältige Konfliktlinien, die zur politischen Normalität gehören. Die Entstehung, Verbreitung und Reduzierung rechtsextremer Einstellungen in den breitgestreutesten Verfestigungsgraden, insbesondere bei Jugendlichen, gehören dazu. Das ist nicht strafbar, jedoch bearbeitbar. Hier ist die Erfassung des Prozesscharakters solcher Entwicklungen wichtiger als statische Situationsbeschreibungen in zuspitzendem Duktus und mit teilweise fragwürdigem Bezug auf mitunter hoch umstrittene Ergebnisse verschiedener Einstellungsforschungen, die oft auch parteipolitisch gebraucht werden.

Die Jugendsozialarbeit im Sport muss solche objektiven gesellschaftspolitischen Konfliktlinien als Tatsachen akzeptieren und soll auch weiterhin mit seinen inhärenten Mitteln und Werten soziale Integration betreiben und politische bzw. weltanschauliche Kampfstellungen nur in ganz seltenen Ausnahmefällen (organisierter politischer Rechtsextremismus, Versuch der Einflussnahme und Rekrutierung durch neonazistische Kader) zulassen. Die in der Gesellschaft existierenden Konfliktlinien, auch im Zusammenhang mit rechtsextremen Stimmungen und Tatsachen, können Jugendarbeiter/innen nicht auflösen, und sie sollten sich auch nicht in jede „Gegen-Initiative“ einbinden lassen.

Der Sport und auch die Jugendsozialarbeit in diesem Bereich brauchen im Wesentlichen keine „Gegen“-Strategien. Der Sport hat einen zentralen und allseits akzeptierten eigenen Wertekanon und Verhaltenskodex in Gestalt des Fair Play. Verhalten entsprechend den geschriebenen und ungeschriebenen Normen des Fair Play braucht keine zusätzli-

chen pädagogischen oder ideologischen Belehrungen, denn: Belehrungen kommen gegen Erfahrungen nicht an. Erlebtes Fair Play und das Verhalten entsprechend seinen Regeln im Umgang mit ansonsten abgelehnten Jugendkulturen, Ethnien usw. schließt Erfahrungen der Toleranz, friedlicher Konfliktregelung und der Achtung des Anderen ein. Fair Play kann mindere gesellschaftliche Chancen nicht verhindern, hat jedoch nicht zu unterschätzende Transferpotenzen in das persönliche und gesellschaftliche Leben. Fair Play impliziert vor allem das Denken vom anderen her, ein wichtiger Weg zu Achtung des Anderen und zur Wahrung seiner legitimen Interessen. Sport für Fair Play und für Toleranz ist ein „Für-Programm“ und damit offen für alle.

„Sport für alle“ ist das denkbar weitest gespannte Programm sozialer Integration auf Grundlage des Pluralismus. Soziale Integration ist die entscheidende Waffe für eine Gesellschaft, in der der organisierte politische Rechtsextremismus weniger Chancen hat.

### Prävention

Ein zentrales Erfordernis der Verhinderung des Entstehens rechtsextremer Einstellungs- und Verhaltensmuster im Entwicklungsprozess junger Menschen bzw. deren Reduzierung, wenn sie schon vorhanden sind, ist präventives Wirken in allen drei Präventionsbereichen (nach Kohlstruck):

1. Primäre Prävention zielt auf Gruppen und Personen ohne Auffälligkeiten, die man in einem allgemeinen, d. h. auch unspezifischen Sinn stärken möchte, um Auffälligkeiten einschließlich Anfälligkeit für rechtsextremes Gedankengut vorzubeugen;
2. Sekundäre Prävention bedeutet im Feld des Rechtsextremismus die Arbeit mit Gruppen und Personen, die als besonders problematisch gelten, also etwa mit rechtsextrem orientierten und gewaltaffinen jungen Männern aus bildungsfernen Milieus;
3. Tertiäre Prävention ist z. B. die Arbeit mit Jugendlichen, die bereits mit einschlägigen Straftaten aufgefallen sind und bei denen es um die Vermeidung von Rückfällen geht.

Viele Programme und Initiativen „gegen Rechtsextremismus“ blenden weitgehend die direkte Arbeit mit gewalt- und extremismusgefährdeten Jugendlichen aus. Mehr noch: sie entwickeln dabei oft eine unangebracht kritische Haltung zu Institutionen und Initiativen, die auf dem Feld von Rechtsextremismus und Gewalt in der Sekundär- und Tertiärprävention aktiv sind. Insofern wirken solche Programme oft ausgrenzend und stigmatisierend und behindern bzw. verweigern die permanent notwendige soziale Integration gefährdeter, auffälliger oder bereits mit der Gesellschaft in Konflikt geratener Jugendlicher.



Jugendsozialarbeit im Sport hat hier eine produktive Funktion, weil sie durch ihre integrative und vielfältige Begegnungspraxis im Rahmen sportlicher Betätigung und des Wettkampfs zu einer erkennbaren Erweiterung des gruppen- und personenbezogenen Verhaltensrepertoires beiträgt.

Um Erfolge auch vor allem in der sekundären und tertiären Prävention erreichen zu können, brauchen Jugendsozialarbeiter/innen im Rahmen ihrer pädagogisch-methodischen und sozialintegrativen Tätigkeit de facto ein tragfähiges Arbeitsbündnis, das gegenseitige Akzeptanz, Belastungsfähigkeit auch in konfliktgeladenen Situationen und gegenseitiges Vertrauen einschließt. Auf dieser Basis kann sowohl die Auseinandersetzung mit Gewalt als auch unvermeidlich mit dem Themenfeld des Rechtsextremismus gelingen.

### **Konzept der sportorientierten Jugend-, Sozial- und politischen Bildungsarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen**

Die langjährigen Erfahrungen in der Arbeit mit immer wieder neu heranwachsenden Jahrgängen, die sich im frühen Jugendalter an einer rechtsextremen Subkultur orientieren, bestärkten uns in der Auffassung, dass die direkte Auseinandersetzung mit dieser Problemgruppe alternativlos ist und immer wieder neu in Angriff genommen werden muss. Unsere Anfänge als Jugendsozial- und Sportprojekt der Sportjugend Berlin im Rahmen des Bundesprogramms „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ waren damals von dem Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit bestimmt. Die dem Begriff innewohnenden Fehlinterpretationsmöglichkeiten und eine viel zu breite Erfolgs- und teilweise Misserfolgsgeschichte der damals beteiligten ca. 140 Projekte im Osten Deutschlands sowie die von uns heute umfassender angelegte Arbeitskonzeption lassen uns auf den öffentlichen Gebrauch dieses Begriffes verzichten, obwohl wir auch weiterhin gute Gründe für ein Selbstverständnis als akzeptierende Jugendarbeiter/innen haben.

Die Erfahrungen mit verschiedenen Generationen und Altersgruppen rechtsextremer Jugendlicher in der sportlichen und jugendkulturellen Arbeit, in der politischen Bildung, in der Betreuung straffälliger Jugendlicher sowie bei Alltags- und Konfliktthilfe haben unsere Herangehensweisen weiterentwickelt. Dazu trugen vielfältige Formen der Evaluation, der Zusammenarbeit mit Wissenschaftseinrichtungen, Netzwerken und anderen Jugendsozialprojekten bei. Gesellschaftliche Veränderungen in jugendlichen Lebensverläufen forderten immer wieder zu entsprechenden Reaktionen und Anpassungen in unserer Projektarbeit heraus.

So richtig es ist, Konzepte der Jugendsozialarbeit weiter zu entwickeln oder auch zu korrigieren, gibt es auch Bedingungen, die immer wieder gesichert werden müssen, um erfolgreiche Jugendarbeit mit dieser komplizierten Zielgruppe leisten zu können. Gemessen an der regelmäßig wiederkehrenden Skandalisierung rechtsextremer Entwicklungen im Jugendbereich, muss nicht selten daran gezweifelt werden, ob die direkte Auseinandersetzung mit der Problemgruppe mit erfolgversprechenden Mitteln wirklich ernst gemeint ist. Wir brauchen engagierte Jugendarbeiter/innen, die sich dieser Aufgabe stellen und die dazu notwendigen Kompetenzen besitzen. Attraktive und die Jugendlichen fesselnde Angebots-

und Einrichtungsstrukturen sind dazu genauso notwendig wie die volle Identifikation der Auftraggeber und Kommunen mit dieser von der Öffentlichkeit mit viel kritischer Aufmerksamkeit bedachten Arbeitsrichtung.

### **Regionale Situation**

Obwohl in den vergangenen Jahren in vielen gesellschaftlichen Bereichen, in Schulen, Jugend- und Sportorganisationen sowie durch zivilgesellschaftliches Engagement Erscheinungen des Rechtsextremismus erfolgreich zurückgedrängt werden konnten, entstehen entsprechende Herausforderungen immer wieder neu. Alte Vorurteile, manche Verklärungen deutscher Vergangenheit und neue Fremdenfeindlichkeit sind Elemente, die einen Teil der neu heranwachsenden Generationen immer wieder erfassen. Der Kampf gegen Hass, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus muss deshalb in der demokratischen Jugend- und Sportarbeit auch weiterhin einen Platz haben. Dabei ist es wichtig, neben wirkungsvollen **Aktionen gegen Rechtsextremismus** auch wieder stärker **engagierte Jugend- und Sportarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen** zu leisten.

Der **Stadtbezirk Lichtenberg** ist nach wie vor einer der Berliner Stadtbezirke mit einer höheren Zahl von Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund. Politisch rechtsextreme Orientierungen scheinen sich mit jeder nachwachsenden Generation zu reproduzieren. Gewalt ist bei diesen Jugendlichen ein akzeptiertes Durchsetzungsmuster.

Der Ausländeranteil beträgt in Lichtenberg inzwischen mehr als 8 %. Diese Zahl spiegelt jedoch nicht das tatsächliche Konfliktpotential wider. Der Zuzug von Spätaussiedlern hat Sozialstrukturen zum Teil deutlich verändert. Konkurrenz- und Ausgrenzungsverhältnisse verschärften die Situation.

Das tatsächliche Maß der Akzeptanz von Gewalt als Durchsetzungsstrategie ist nicht an Verfassungsschutz- und Kriminalitätsstatistiken festzumachen, da dabei nur die registrierten Fälle bzw. Straftaten ins Gewicht fallen. Die wirkliche Gefährdungs- und Gewaltsituation hat ganz andere Dimensionen.

### **Zielgruppe**

**Jugendlichengruppen mit rechtsextremen Orientierungen** sind keine monolithischen Blöcke. Unterschiedliche Verfestigungsgrade rechtsextremer Ideologie und unterschiedliche Lebensgeschichten lassen erhebliche Differenzierungen erkennen, die eine Jugendarbeit nach Klischee bzw. eine Jugendarbeit der großen Schlagworte verbieten. Gerade Unterschiede und Widersprüche in der Gruppe bieten sehr aussichtsreiche Möglichkeiten pädagogischer Intervention. Dabei verbietet es sich auch aus ganz praktischen Gründen des Werbens von rechtsextremen Jugendliche in ihrer Gruppenstruktur, der Herausbildung eines Anfangsvertrauens, des Aufbaus eines Zusammenarbeitsbündnisses und einer systematischen und möglichst lang andauernden Zusammenarbeit, mit Einteilungs- und Aussortierungsversuchen zu beginnen, mit wem aus der Gruppe gearbeitet werden soll und mit wem nicht. Versuche, anhand ideologischer Kriterien Ausgrenzungen radikalerer Jugendlicher zu veranlassen, würden zu starken Solidarisierungen der Jugendlichen mit ihren Wort- und Cliquesführern führen, was das Scheitern einer le-

bensweltorientierten Gruppenarbeit zur Folge hätte. Nebenbei bemerkt: zutreffende Analysen und Diagnosen der ideologischen Verfestigungsgrade rechtsextremer Einstellungen sind sowieso erst möglich, wenn man bereits eine Weile mit diesen Jugendlichen gearbeitet hat. Eine in einem solch frühen Stadium verfolgte Ausgrenzung widerspräche Prinzipien humanistischer Pädagogik. Ausnahmefall ist die extreme Verletzung von Regeln und Normen, auf denen Jugendsozialarbeit bestehen muss. Diese dürfen jedoch nicht willkürlich verfolgte bzw. festgeschriebene ideologische „Standards“ sein.

**Obwohl** die Gruppe nach innen und außen ein Stärkeimage aufbaut und aufrechtzuerhalten versucht, sind ihre Mitglieder zum größten Teil von Marginalisierungsrisiken stark betroffen und gehören zu den Konkurrenzverlierern der Gesellschaft mit kaum wesentlich verbesserbaren schulischen und beruflichen Ausgangsbedingungen.

**Obwohl** es so scheint, als seien die Jugendlichen von einer starken und einheitlichen Ideologie geprägt und geleitet, sind sie hauptsächlich von der gegenwärtig für sie existierenden sozialen Realität abhängig.

**Obwohl** verbindende Gruppen- und Aktionsziele existieren, sind die Zugangswege und -motive zu rechtsextremen Gruppen genauso unterschiedlich wie Bindungsfestigkeit, -dauer und ausschließlichkeit der Gruppenmitglieder.

Dem **rechtsextremen Gruppenkonsens**, der

- die Elemente rechtsextremer Subkultur (Kleidung, Symbole, Musik u.a.),
- aggressive Abgrenzung zu Ausländern, Minderheiten und Linken,
- Rassismus, Nationalismus, Chauvinismus und Antisemitismus,
- Kameradschaftskult bis hin zu menschenverachtendem Handeln unter Gruppendruck,
- Betonung von Körperlichkeit im Agieren, Kräfteressen und Fitness,
- Interesse an Personen, Ereignissen und Zeitzeugnissen des Dritten Reiches sowie
- eine erheblichen Politisierung des Gruppenlebens und der Aktionen nach außen

einschließt,

**steht die Tatsache gegenüber**, dass bei aller Bedeutung der Gruppe **das Individuum durch die eigene Lebensgeschichte geprägt** ist.

Das sind oft

- schwere Persönlichkeitsstörungen, die sich im Verlaufe der Kinderzeit und Jugendbiografie,
- umfangreiche Demütigungs- und Ohnmachtserfahrungen in Kindheit, Jugendzeit, Schule, Ausbildung und gegenwärtiger sozialer Wirklichkeit,
- Erfahrungen mangelnder bzw. verweigerter Zuwendung oder Ausgrenzungserfahrungen,
- Misserfolgskarriere in Permanenz,
- Gewalterfahrungen, Straftaterfahrung und kriminelles Handeln über längere Zeit,
- daraus resultierend mangelnde Ich-Stärke, fehlendes Selbstbewusstsein und ausbleibende Erfolgserlebnisse.

Im Rechtsextremismus bzw. in der Mitgliedschaft in rechtsextremen Szenen suchen besonders Jugendliche aus bildungsfernen Milieus und mit einer bisherigen Misserfolgskarriere Anerkennung und Angenommensein. Was kaum ein anderer gesellschaftlicher Bereich bieten kann, bietet für diese Jugendlichen der Rechtsextremismus: Selbstvertrauen und Aufwertung zum Nulltarif.

Anerkennung von Sozialisationsleistungen und neu erworbenen Kompetenzen, die die Jugendlichen wirklich vorwärts bringen können, befördern die Ich-Stärke-Entwicklung der Jugendlichen. Auf diese Weise ist es möglich, Lebensverläufe zu korrigieren, so dass sie immer besser gelingen.

Sowohl **Unterschiedlichkeit** als auch **Widersprüchlichkeit** der **Zielgruppenjugendlichen** verbieten ein klischeehaftes jugendarbeiterisches Herangehen, das von den oft verbreiteten stereotypen Charakterisierungen rechtsextremer Jugendlicher geprägt ist. Damit ist keinesfalls eine Entpolitisierung der Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen gemeint.

In der Arbeit mit der Zielgruppe sind die sehr begrenzten personellen Ressourcen der Jugendsozialarbeit jedoch nur dann verantwortungsvoll eingesetzt, wenn sie sich auf jene **rechtsextremen Jugendlichen** konzentrieren, die **jugendkulturellen und Sportangeboten zugänglich** sind und sich für eine entsprechende Mitarbeit interessieren.

Die Zusammenarbeit mit **unbelehrbaren Neonazis** ist abzulehnen.

## Ziele und Aufgaben

**Ziel- und Aufgabenstruktur** und die angewandten Mittel und Methoden unserer Jugendsozial- und Sportarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen werden durch **Bausteine** charakterisiert, die in Abhängigkeit von der Erreichbarkeit konkreter rechtsextremer Gruppen und den vorhandenen Interessen flexibel eingesetzt werden. Mit den jeweiligen Bausteinen sind bestimmte sozialisatorische und pädagogische Wirkungsabsichten verbunden.

Übergreifendes Ziel ist eine **Ich-Stärke steigernde demütigungsfreie Sozialisationskorrektur bzw. Nachsozialisati-on**. Das Erkennen und Entwickeln bisher nicht bekannter bzw. nur erahnter Stärken der Jugendlichen durch die Mitarbeit im Projekt schafft ein Urvertrauen in die eigenen Potenzen und die Entwicklungsfähigkeit des Einzelnen.

Der **Hauptweg** ist das Anbieten von Möglichkeiten des Erwerbs von Schlüsselkompetenzen, vorrangig von Kommunikationsfähigkeiten, das Schaffen zusätzlicher Bildungsanlässe sowie die Entwicklung und Festigung demokratischer Verhaltensweisen und gewaltfreier Handlungsstile, was den nachhaltigen Zuwachs an sozialen, soziokulturellen und sportlichen Kompetenzen einschließt.

**Soziales Lernen für das alltägliche Leben** ist der **Grundprozess** der Zusammenarbeit mit den rechtsextrem orientierten Jugendlichen.

An folgenden **Ergebnissen bzw. Teilergebnissen** soll das Erreichen der angestrebten Ziele gemessen werden:

- Die Jugendlichen binden sich über eine längere Zeit an die sportlichen, soziokulturellen und Bildungsmöglichkeiten vermittelnden Angebote. Dabei bildet sich eine zunehmend stabile Alltags-Freizeitstruktur als Alternativkultur zu Herumhängen, sinnentleerter Freizeit, extremistischem und gewaltfixiertem Handeln sowie Drogenmissbrauch heraus.
- Die rechtsextrem orientierten Jugendlichen gehen intensive und belastbare Bindungen mit sozialpädagogischen Bezugspersonen sowie mit anderen Jugendlichen ein, die auch eine konfrontative, jedoch konflikteskalationsfreie Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut möglich machen.
- Im Zusammenhang mit sportlichen Aktionen und im Rahmen der jugendkulturellen Tätigkeiten lassen sich die rechtsextremen Jugendlichen zunehmend auf Begegnungen mit Jugendlichen ein, die sie bisher strikt abgelehnt haben. Sie tolerieren fortschreitend die Koexistenz unterschiedlicher Jugendkulturen, Ethnien und politischer Orientierungen in ihrem Umfeld bzw. im Stadtteil. Bei gemeinsamen Veranstaltungen, Fahrten und bei Fußballturnieren finden sie selbst Regeln des Zusammenlebens und setzen sie weitgehend eigenverantwortlich durch.
- Die Jugendlichen beteiligen sich aktiv an der Regelung der Angelegenheiten der Jugendeinrichtung und entwickeln immer qualifiziertere Formen der Eigenverantwortung und Mitgestaltung.
- Die engagierte Beteiligung an Bildungsveranstaltungen, Gesprächskreisen, Bildungsurlaub, Filmdiskussionen und Exkursionen zu Schauplätzen der deutschen Geschichte wird für die rechtsextrem orientierten Jugendlichen immer mehr zu einem Element der selbstbestimmten Aneignung von Informationen und Wissen sowie der Auseinandersetzung und Konfrontation mit menschenfeindlichen und extremistischen Ansichten. Das schließt auch die Aneignung moderner Informations- und Kommunikationsmedien ein.
- Die Straftathäufigkeit der Jugendlichen verringert sich, wobei vor allem auch am Rückgang der nichtregistrierten Delinquenz gemessen werden muss.
- Die rechtsextrem orientierten Jugendlichen nehmen Betreuungs-, Beratungs-, Einzelfallhilfs- und Konfliktregelungsangebote an.
- Die Jugendlichen finden zunehmend eigene Wege der Regelung von Konflikten und der Bewältigung von Krisen in Familie, Schule, Ausbildungseinrichtung und Betrieb sowie im weiteren sozialen Umfeld und besonders unter Jugendlichen.

## Bausteine

### Baustein I

#### **Selbstreflexion und Perspektivenschau – wer weiß, wie alles gekommen ist und wo man steht, kann Perspektiven für sich entwickeln**

Die Fragen „wer bin ich?“, „wie sehe ich mich selbst?“ und „wie sehen mich die anderen?“ können Quellen tiefer Verunsicherung aber auch großen Selbstbewusstseins sein. Selbstanalyse und Fremdanalyse tragen dazu bei, die eigene Identität zu erkennen. Als Schlüsselkompetenz gilt es Kommunikationsfähigkeiten bei der Suche nach der eigenen Position in der Gemeinschaft, deren Festigung oder auch Korrektur zu entwickeln.

Im Einzelnen geht es dabei um folgende Aufgaben und Erfolgsindikatoren:

- Reflektieren und Versprachlichen der eigenen Entwicklung;
- Biografische Analyse: „warum bin ich so geworden, was ist schiefgelaufen in Kindheit, Jugendzeit, Schule und Ausbildung?“
- Szeneeinstieg: „Wie, wann und warum bin ich in die rechtsextreme Szene gekommen?“
- Gruppenzusammenhänge: „Meine Rolle in der Gruppe“;
- Ich-Stärke-Analyse: „Meine Stärken, meine Schwächen sind...“
- Perspektivplan: „was heißt es für mich, meine zukünftige Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen und nicht dauerhaft von Hilfen abhängig zu sein?“
- Motivation für die Aufgaben in Schule und Ausbildung sowie auf der Arbeitsstelle;
- Pflichten, Stress- und Konfliktfaktoren: Bewältigung Ämtergänge, Wohnungs- und Schuldenangelegenheiten, richterliche Auflagen aus Strafverfahren und Alltagsdschungel;
- Die Partnerschaft mit der Freundin stabilisieren, Interessen in Übereinstimmung bringen.

### Baustein II

#### **Gesellschaftspolitischer Diskurs ohne Curriculum**

Im deutlichem Gegensatz zu dem oft von Erwachsenen verbreiteten Bild des politischen Desinteresses Jugendlicher ist der Bedarf an spontanem Meinungsstreit, aber auch an strukturierter Diskussion zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen, zu internationalen Entwicklungen und besonders zu Fragen der deutschen Geschichte bei rechtsextremen Jugendlichen groß, gerade weil sie stark politisiert sind. Es ist oft sehr leicht, diese Jugendlichen zum Meinungsstreit über sie interessierende Fragen zu motivieren. Vom täglichen gesellschaftspolitischen Austausch, über Diskussionsabende zu Themen, die die Jugendlichen selbst vorschlagen und vorbereiten, bis zum einwöchigen Bildungsurlaub reicht das Interessenspektrum rechtsextremer Jugendlicher, das als permanenter Bestandteil der Projektarbeit aufzugreifen ist.

Vermieden werden muss dabei, dass vor allem Erwachsene die Diskussionsstrategie vorgeben und dass eine Atmosphäre entsteht, in der die Jugendlichen den Eindruck haben, sie müssten etwas lernen und sollten sich ändern.

Ein breit angelegtes, flexibles und an den Interessen der Jugendlichen orientiertes Konzept der politischen Bildung kann ein sehr wertvolles Element der Beziehungsarbeit mit dieser Zielgruppe sein. Attraktiv sind dabei die nichtschulische und offene Diskussionssituation, eine als gleichberechtigt empfundene Meinungsstreitmosphäre mit Sozialarbeitern/innen und die großen Spielräume bei der Selbstbestimmung der Themenschwerpunkte.

Durch die Auseinandersetzung mit den Ursachen für Hass, Gewalt, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, extremistischem Verhalten und Straffälligkeit im Leben der Zielgruppenjugendlichen kann ein wertvoller Beitrag zu einem friedlichen Zusammenleben im Wohngebiet geleistet werden.

Im Einzelnen stehen folgende Aufgaben und Erfolgsindikatoren im Mittelpunkt:

- Selbstoffenbarung von Denken, Fühlen, Motiven und Ansichten;
- Praktizieren von demokratischer Streitkultur, Aufstellung und Einhaltung von Regeln der gegenseitigen Achtung und der Toleranz im Meinungsstreit;
- Unterscheiden lernen solcher Grundkategorien wie Wissen, Glauben, Annahme, Behauptung, Argument, Beleg, Beweis;
- Aushalten von Gegenmeinungen;
- Informations- und Kompetenzgewinn zu Fragen der deutschen Geschichte und der aktuellen gesellschaftspolitischen Situation.

### Baustein III

#### **Wer selbstsicher ist und sich seiner Kräfte bewusst, hat es nicht nötig, ein Schläger zu sein**

Erleben und Lernen im Sport kommen bei Jugendlichen gut an. Vor allem das Bedürfnis männlicher Jugendlicher, körperlich zu agieren, Kraft zu entwickeln und einzusetzen, sich mit anderen zu messen, Risiko und neue Herausforderungen zu suchen, muss aufgegriffen und genutzt werden.

Die dem Sport innewohnenden weitgehend nonverbalen Kooperations- und Kommunikationsanforderungen fördern Beziehungen unter Jugendlichen oft effektiver und intensiver. Der Sport macht rechtsextremen Jugendlichen eine Haltung des Fair Play auch gegenüber ansonsten abgelehnten Jugendlichen möglich. Regeleinhaltung und Verantwortung für die Mannschaft bieten Jugendlichen Transfermöglichkeiten in das alltägliche Leben.

Sporttreiben schafft Alternativen zu Herumhängen und sinnentleerter Freizeit. Wer Sport treibt, verringert den Missbrauch von Alkohol und Drogen, reduziert psychische Belastungen, Frustrationen, Aggressivität und Stress.

Im Einzelnen geht es um folgende Aufgaben und Erfolgsindikatoren:

- Herausbildung und Stärkung von Gewohnheiten, regelmäßig Sport zu treiben durch mehrmalige Sportangebote im Wochenrhythmus;
- Planung und Selbstregelung von Sportaktivitäten, Beteiligung an Begegnungen mit anderen Jugendlichen;
- Einüben und Festigen der Einhaltung der Regeln des Sports, insbesondere im fairen Umgang mit dem sportlichen Gegner;
- Eigenverantwortliche Klärung von Konflikten, die in der Natur des sportlichen Vergleichs und des Wettkampfs in der eigenen Gruppe liegen sowie bei Turnieren mit anderen Jugendlichen;
- Trotz legitimen Siegstrebens Berücksichtigung der Gefühle und Bedürfnisse Schwächerer, Praktizieren freundschaftlicher Hilfe und Vermeidung von Ausgrenzungen;
- Unterscheidnenlernen von sinnvoller und destruktiver Risikosuche durch abenteuer- und erlebnissportliche Aktionen;
- Annäherung an ein für männliche Jugendliche erstrebenswertes ästhetisches Körperideal durch mehrmaliges wöchentliches selbstgestaltetes Fitnesstraining.

### Baustein IV

#### **Verantwortung übernehmen, gewalt- und straffrei leben**

Konflikte sind misslungene Kommunikation. Oft münden Konfliktlösungsversuche in Gewalt. Die kognitive Auseinandersetzung mit den Ursachen von Gewalthaltungen und -handlungen rechtsextremer Jugendlicher kann nicht in jedem Falle individuelle oder gruppenbezogene Gewalt verhindern, weil selbst gute Absichten situativen und emotional hoch aufgeladenen Herausforderungen nicht immer standhalten. Mangelnde verbale Fähigkeiten verhindern friedliche Konfliktlösungen. Die Angst, verbalen Anforderungen nicht gewachsen zu sein, kann gewaltlose Konfliktlösungsversuche schon im Ansatz vereiteln. Die Problemlage drängt jedoch auf schnelle und rigorose Klärung – Gewalt ist dann scheinbar die effektivste Gangart.

Das Kommunizieren von Konflikten ist demgegenüber anstrengend, verläuft viel langsamer und schafft nicht durchgreifend das einseitig gewünschte Ergebnis. Verständigung und das geduldige Aushandeln von Kompromissen wollen gelernt sein. Konfliktkultur kontra Gewalt ist vor allem auch für rechts-extreme Jugendliche ein mitunter langer, aber aussichtsreicher Weg, der bei den eigenen Lebenserfahrungen ansetzen muss.

Im Einzelnen stehen folgende Aufgaben und Erfolgsindikatoren im Mittelpunkt:

- Analyse der eigenen Gewalt-, Konflikt- und Straftaterfahrungen;
- Offenbarung von Demütigungs- und Ohnmachtserfahrungen in Kindheit, Jugendzeit, Schule, Ausbildung und auf der Arbeitsstelle;
- Erkennen eigener begrenzter Kommunikation, Erkennen mehrerer subjektiver Wahrheiten, Erkennen von Wahrnehmungseinschränkungen durch vorgefertigte Rollenzuweisungen bzw. -erwartungen;
- Fähigkeiten zur Analyse von Vorurteilen;
- Infragestellen von Aggressivitätsauslösern, Vermeiden von Missdeutungen von Signalen;
- Abwägungsfähigkeiten des vermeintlichen Nutzens und der Nachteile von Gewalthandlungen;
- Lernen einer ehrlichen Differenzierung von Opfer- und Täterrollen, Empathie, Durchschauen von Verharmlosungen und entlastenden Legendenbildungen im Zusammenhang mit Gewalt- und Straftaten;
- Erlernen von Deeskalationstechniken und Mediationsmöglichkeiten.

#### **Haltung der Jugendsozialarbeiter/innen**

Die Entschlossenheit, mit der Zielgruppe zu arbeiten, erfordert besondere Haltungen, Eigenschaften und Kenntnisse der eingesetzten Jugendsozialarbeiter/innen, insbesondere die Fähigkeit der Auseinandersetzung mit den historischen und aktuellen Dimensionen des Rechtsextremismus. Grundvoraussetzung ist das Interesse an der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen.

Als Bedingung der Zusammenarbeit mit rechtsextremen Ju-



gendlichen ist die Tatsache zu akzeptieren, dass die Sozialpädagogen/innen die gesamte Clique in die Arbeit einbeziehen müssen, nicht selektiv vorgehen können und sich damit im Anfangsstadium mit der existierenden Hierarchie arrangieren. Ein Ausgrenzen der radikaleren Jugendlichen ist nicht möglich und widerspricht der ethischen und pädagogischen Grundposition, die von der Veränderbarkeit und Entwicklungsfähigkeit der Jugendlichen ausgeht.

Da Jugendliche kaum freiwillig das Projekt aufsuchen, um sich ändern zu lassen, ein Ausweichen auf einfachere Klientel jedoch nicht den Projektintentionen entspricht, ist die Bereitschaft zu aktiver Werbung und Gewinnung rechtsextremer Jugendlicher - auch mit Mitteln der aufsuchenden Jugendarbeit bzw. der Straßensozialarbeit - eine zeitweilige Tätigkeitsanforderung an die Sozialarbeiter/innen.

Der Prozess der Vertrauensbildung ist das Zentrum des Zugangs zu rechtsextremen Jugendlichen wie auch wirkungsvoller dauerhafter Zusammenarbeit. Vertrauensbildung und Integration in die Projektarbeit sind nachhaltiger als vordergründige Überzeugungsversuche oder Änderungsdruck.

Die erfolgreiche Werbung, Gewinnung und Vertrauensbildung vorausgesetzt, wird die praktische Arbeit der eingesetzten Jugendsozialarbeiter/innen von folgenden Haltungen bestimmt:

- Obwohl ein vordergründiger Veränderungsdruck vermieden werden soll, wird mit offenen Karten gespielt, was den Charakter und die Trägerschaft des Projekts betrifft;
- Auch wenn um die rechtsextremen Jugendlichen geworben wird, soll deutlich werden, dass die Zusammenarbeit keine Einbahnstraße ist, dass jeder für seine Mitarbeitsbereitschaft etwas bekommt, dass er einen Nutzen hat und dass deshalb ein bestimmtes Verhalten erwartet wird. Eine annehmende, ernstnehmende und achtungsvolle Haltung der Jugendsozialarbeiter/innen kann dauerhaft nur bei entsprechenden und gegenüber den Jugendlichen zu fordernden Gegenleistungen gewährt werden, was insbesondere die Rechtfertigung von Vertrauen durch verantwortliches Verhalten, das Einsetzen für die Belange des Projekts, die Einhaltung vorgegebener bzw. selbstbestimmter Regeln sowie die ehrenvolle Repräsentation des Projekts nach außen einschließt.
- Obwohl zugespitzte und aussichtslose Kampfstellungen in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Jugendlichen im Interesse aussichtsreicher pädagogischer Strategien vermieden werden müssen, ist gelegentlichen Konfrontationen vor allem dann nicht aus dem Wege zu gehen, wenn gegen extrem menschenfeindliche Positionen Stellung bezogen werden muss. Rechtsextreme Jugendliche sind konfrontative Situationen gewöhnt. Notwendige Konfrontationen durch Vertrauens- und Bezugspersonen stellen die Zusammenarbeit nicht in Frage, sorgen jedoch für klare Verhältnisse und vermeiden faule Kompromisse, um sich bei rechtsextremen Jugendlichen anzubiedern. Menschliche Nähe und ideologische Distanz bedingen einander im pädagogischen Prozess bei der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen.
- Arbeit mit der Gruppe ist das dominierende Element der Projektarbeit. Über die persönliche Veränderungs- und Entwicklungswirksamkeit entscheidet jedoch auch die Fähigkeit zu intensiver Einzelzuwendung, zu der die eingesetzten Jugendsozialarbeiter/innen jederzeit bereit sein müssen, was flexibles und mitunter sehr zeitaufwändiges

Reagieren auf individuelle Bedürfnisse einschließt.

- Die Atmosphäre, in der etwas mit Jugendlichen geschieht, ist oft noch wichtiger als die Vermittlung von Informationen. Streitige Auseinandersetzungen in einem als gleichberechtigt und achtungsvoll empfundenen Klima sind wirkungsvoller als manch gutgemeinter Überzeugungsversuch in vermeintlicher Harmonie.

## Vernetzung

**Vernetzte Arbeit und Kooperationen** sind eine existenzielle Bedingung des Erfolgs.

Die **Zusammenarbeit mit staatlichen und sozialen Institutionen** (Schulen, Ausbildungseinrichtungen, Jugendbildungsstätten, Agenturen für Arbeit, Bezirksamt, Sozialamt, Jugendamt u.a.) ist notwendig, um Jugendlichen im Bedarfsfall effektiv zu helfen und ihnen zusätzliche Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Der ständige **Kontakt mit Initiativen, Einrichtungen und Projekten auf den Themenfeldern Rechtsextremismus und Gewalt** stellt die eigenen Anstrengungen auf eine breitere Basis, nutzt den Erfahrungsaustausch und koordiniert das strategische Vorgehen im Stadtteil und gegebenenfalls darüber hinaus.

Die **Kooperation mit Jugendgerichtshilfen, Jugendrichtern und Justizvollzugsanstalten** erfolgt mit dem Ziel der wirkungsvollen Bekämpfung von Gewalt und Straffälligkeit, wobei sowohl präventive Ziele genauso verfolgt werden wie Interventionsabsichten und Betreuungsnotwendigkeiten.

Die **Einbindung** in fachbezogene und berufsorientierte Zusammenschlüsse und die **Zusammenarbeit mit Wissenschafts- bzw. Aus- und Weiterbildungseinrichtungen**, einschließlich der Mitarbeit auf entsprechenden Fachtagungen, in Konferenzen und Seminaren fördert die Systematisierung der eigenen Arbeit, die Überprüfung der Ergebnisse vor einer kritischen Fachöffentlichkeit sowie die Motivierung von Studierenden.

Neben der **Selbstevaluation** im Team der Mitarbeiter/innen des Projekts ist die Darstellung der Ergebnisse und der Probleme der Projektarbeit in den vorstehenden Zusammenhängen ein wesentliches Element permanenter **Evaluation**.

## Impressum

Violence Prevention Network e. V.  
Jan Buschbom (ViSdPR.)  
Sabine Hübner  
Straße des 17. Juni 112  
10623 Berlin

Fon: (030) 9 17 05 464  
Fax: (030) 398 35 284

Mail: [jan.buschbom@violence-prevention-network.de](mailto:jan.buschbom@violence-prevention-network.de)